



SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
September 2019



**Gedränge auf dem Gipfel:
Massentourismus bewegt die Schweiz**

**Den Parteien auf den Zahn gefühlt:
Die grosse «Revue»-Wahlumfrage**

**Bezahlen mit Kryptowährungen:
Die Schweiz treibt den Trend an**



FDP

Die Liberalen
International

libéral et
Liberté ouvert
Progresso
au monde

liberal and
liberal und
Liberté
Fortschritt
open to
Gemeinschaft
ed Freiheit
Coesione
avert weltoffen the world
liberali e
aperti
Innovation
al mondo

Wir engagieren uns. Für die 5. Schweiz. Für den bilateralen Weg!

Gemeinsam weiterkommen.

Unsere Kandidaten und unser Manifest auf:
www.fdp-international.ch



SVP International Für Sie da – vor und nach den Wahlen!

Wir stehen für

- ✓ Internationales Denken statt EU-Hörigkeit
- ✓ Gewährleistung finanzieller Sicherheit für Auslandschweizer
- ✓ Ausreichende konsularische Betreuung
- ✓ Abstimmen aus dem Ausland ohne Risiko

Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten von SVP International!

Wir wahren die Schweizer Interessen in der Heimat!



Herzlichen Dank, Ihre

Inge Schütz
Präsidentin SVP International



www.svp-international.ch
info@svp-international.ch

IBAN CH 24 0900 0000 3002 8639 7
Optingenstrasse 1
CH-3013 Bern



www.asn.ch

Schatz, deckt uns denn unsere
Krankenversicherung auch hier oben?

Wir prüfen Ihre Auslandsrankenversicherung und helfen Ihnen dabei, den für Sie optimalen Versicherungsschutz zu finden.

Rufen Sie an: T +41 43 399 89 89.
Oder schreiben Sie uns eine E-Mail:
info@asn.ch



ASN, Advisory Services Network AG · Bederstrasse 51 · 8027 Zürich · Schweiz

Die Schweiz in 48 Stunden

- 4 Briefkasten
- 6 **Schwerpunkt**
Der Tourismus boomt, an den Hotspots der Schweiz wirds eng
- 10 **Politik**
Da brauchts Geduld: Der Weg zum EU-Rahmenvertrag bleibt holprig
- 12 **Gesehen**
Wie der Mond die künstlerische Fantasie beflügelt
- 14 **Gesellschaft**
Ein Bahnprojekt befreit die Stadt Genf
- 16 **Literaturserie**
Wenn Albert Bächtold schreibt, sprechen Russen Klettgauer Dialekt
- Nachrichten aus Ihrer Region
- 17 **Politik / Wahlen 2019**
Den Parteien auf den Zahn gefühlt: Die grosse Wahlumfrage
- 22 **Wirtschaft**
Die Schweiz ist ein Eldorado für die Blockchain-Technologie
- 24 **ASO-Informationen**
Auslandschweizer-Kongress in Montreux
- 28 **news.admin.ch**
Standortbestimmung in Sachen E-Voting
- 30 **Gelesen/Gehört**
- 31 **Herausgepickt/Nachrichten**



Wer dieses Jahr die Schweiz besucht hat, wird es bemerkt haben: Das Gedränge in den Zentren der touristischen Destinationen ist heuer so dicht wie noch nie. Luzern ächzt angesichts der Grenzerfahrungen mit mehrtausendköpfigen Reisegruppen. Am Limit ist auch Interlaken. Etliche Bergbahnen sind an gewissen Tagen so voll wie eine grossstädtische Metro zur Hauptverkehrszeit. Im Schwerpunkt dieser «Revue»

wird klar: Die Beobachtung stimmt. Die Schweiz lernt gerade den Begriff «Overtourism» kennen. Schöne Städte erfahren also, wie es sich anfühlt, wenn die eigene Rolle unbedeutend wird, weil der heimatliche Ort zur reinen Kulisse für eine hektische, touristische Parallelwelt wird.

Einer der Treiber dieser Entwicklung ist die Eile. Können sich die stark wachsenden Gästegruppen aus Fernost «Europa in fünf Tagen» leisten, dann bleiben für Zürich–Luzern–Bern–Interlaken–Jungfrau–Genf und für die Annäherung an den hiesigen Alltag allerhöchstens 48 Stunden. Das verschärft den Druck auf die Hotspots. Immer mehr Gäste steuern die immer gleichen Orte an und tun dort das Immergleiche, belegt durch immer gleiche Schnappschüsse: Nur wer am bekannten Rheinfall, vor der eindrücklichen Kappellbrücke und auf dem berühmten Jungfrauoch war, kann damit zuhause punkten. «Signalling» nennen Experten dieses Verhalten.

Ein moralisches Urteil beinhaltet diese Beobachtung nicht. Schliesslich klappern auch Schweizerinnen und Schweizer die Welt nach ähnlichem Muster ab. Von Eiffelturm bis Taj Mahal, von Freiheitsstatue bis Uluru: Das Bekannte liefert Bestätigung und Orientierung. Reisen abseits gängiger Wegmarken ist fordernder. Die Erfahrung des Unbekannten lässt sich weniger gut teilen. Reisen, ohne «Trophäen» zu sammeln, muss man wohl erst lernen.

Übrigens: Abseits der Hotspots ist selbst das kleine Reiseland Schweiz ein oft sehr beschaulicher Flecken Erde. Ich habe die These kurz überprüft: den Rucksack gepackt, ein paar Tage durch die Voralpen gewandert, vor Bauernhöfen gezeltet, die müden Füsse im Fluss gebadet. Von «Overtourism» weit und breit keine Spur.

Die verbleibenden sechs Zeilen widmen wir den nahenden Wahlen. Die Fünfte Schweiz wird diesmal von den politischen Parteien innig umworben. Gleichzeitig sind die politischen Rechte der Auslandschweizerinnen und -schweizer unter Druck. Spannungsreicher könnte die Ausgangslage nicht sein. Wir haben den Parteien auf den Zahn gefühlt: Ihre Antworten auf unsere Fragen liefern spannende Einblicke.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

Titelbild: Chinesische Gäste auf dem Titlis.
Foto Keystone

Herausgeberin der «Schweizer Revue»,
dem Informationsmagazin für die Fünfte Schweiz,
ist die Auslandschweizer-Organisation (ASO).



Die eidgenössischen Wahlen 2019 stehen vor der Tür



Die Auslandschweizer-Organisation (ASO) fasst ihre Hauptanliegen in einem Wahlmanifest zusammen und präsentiert die Auslandschweizer Kandidierenden der verschiedenen Parteien.

Jetzt entdecken auf www.aso.ch/wahlen2019.



**ZEIT FÜR
EINEN
RICHTUNGS-
WECHSEL.**



**FÜR EINE OFFENE, SOZIALE
UND ÖKOLOGISCHE SCHWEIZ.**

Die SP International gibt den Auslandschweizer/innen eine starke politische Stimme.

Am 20. Oktober SP wählen
www.spschweiz.ch/international

SP



MIET-PW, MIET-Camper, MIET-4x4

Ilgauto ag, 8500 Frauenfeld
200 Autos, 40 Modelle, ab Fr. 500.-/MT inkl. 2000Km



Tel. 0041 52 7203060 / www.ilgauto.ch

Internationale Krankenversicherungen

Umfassende, weltweite Deckung u. unbeschränkte Arzt- und Spitalwahl

**STP SWISS INSURANCE
PARTNERS®**

Tel. +41 44 266 61 11
info@sip.ch

Kompetenz. Erfahrung. Unabhängige Beratung.

www.sip.ch

Die «Schweizer Revue» im Allgemeinen

Wir lesen die «Schweizer Revue» sehr gerne. Dabei bevorzugen wir die gedruckte Version. Diese Publikation ist meine Hauptinformationsquelle über die Vorgänge und Ereignisse in der Schweiz, da ich keine andere Zeitung abonniert habe und auch keine andere Kommunikationsform nutze. Die «Schweizer Revue» ist meiner Meinung nach ausgewogen und doch kritisch gegenüber den Herausforderungen, denen sich unser Land gegenüberübersieht. Es macht auch Spass, über die Aktivitäten anderer Clubs in den USA zu lesen. Ich hoffe, dass es diese Publikation noch lange geben wird.

FRED LINDNER, ST. PAUL, MINNESOTA, USA

E-Voting im Gegenwind

E-Voting ist in meiner Ansicht der einzige Weg, heutzutage wählen zu können. Zwar lebe ich in Kanada und in der Regel wird die Post relativ schnell zugestellt, aber in welchem Jahrhundert leben wir denn? Ich denke, es geht hier nicht nur um uns Auslandschweizer, es geht doch bestimmt auch um die junge Generation in der Schweiz. Wird diese junge Generation brieflich abstimmen oder ins Stimmlokal gehen? Ich jedenfalls bezweifle das. Ich hoffe doch sehr, dass die Schweiz ihre Demokratie aufrechterhalten kann und allen eine faire Chance zum Mitbestimmen gibt.

CHRISTINE MEICHSSNER, VANCOUVER, KANADA

Weitere Kommentare zum Thema E-Voting auf www.ogy.de/no-e-voting

Die Schweizer Jugend heizt die Klimadebatte an

Der Artikel ist sehr aufschlussreich. Es ist erfreulich, dass sich Jugendliche so intensiv mit dem Klimawandel beschäftigen. Wichtig ist nur, dass sie ihr eigenes Verhalten auch diesen Zielen entsprechend anpassen. Dann beginnen vielleicht auch die Politiker ernsthaft und zielorientiert die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen und eventuell noch erforderliche Gesetze

zu beschliessen.

ULRICH MENTZ, DEUTSCHLAND



Für die meisten sind die Klimastreiks ein Grund, um nicht in die Schule zu gehen. Sie streiken für den Klimawandel, wollen aber auf nichts verzichten. Wie wäre es, die Geschäfte und Läden wieder zu normalen Zeiten zu schliessen? Auch Bars und Restaurants müssen nicht die ganze Nacht

offenbleiben. Aber wenn es um den Umsatz geht, spielt das Klima keine Rolle mehr. Skipisten werden für die Winterferien beschneit, damit der Tourismus läuft. Und was wird gegen die Überbevölkerung getan? Das einzige, was die Politik tut, sind immer neue Steuern zu erfinden.

RENATO BESOMI, JAVEA, SPANIEN

Apollo 11 und das schöne Mondspielzeug aus Bern



Herzliche Gratulation zu der aussergewöhnlich gelungenen und informativen Mai-Ausgabe. Besonders die Glitzerfolie – das Sonnenwindsegel der Uni Bern – hat es mir angetan. Als kleiner Bub durfte ich damals aufbleiben und die Mondlandung live anschauen. Allerdings hätte ich gerne noch gewusst, welche Unstimmigkeiten in der Urknalltheorie dank des Berner Sonnenwindexperiments bereinigt werden konnten.

DAN PETER, GOMARINGEN, DEUTSCHLAND

Replik der Redaktion

Gerne liefern wir die – etwas komplexe – Erklärung nach, inwiefern das Berner Sonnensegel zur Bereinigung der Urknalltheorie führte. Bis Mitte der 1960er-Jahre standen zwei Theorien über die Evolution des Universums in einem heftigen Wettbewerb. Der russische Kosmologe Alexander Friedmann kam 1922 zum Schluss, wir lebten in einem sich ausdehnenden Universum, das mit einem Urknall begonnen habe. Dieser Urknalltheorie, die selbst von Albert Einstein in Zweifel gezogen wurde, stand die Steady-State-Theorie von Fred Hoyle, Thomas Gold und Hermann Bondi gegenüber: Das Trio sprach 1948 von einem sich ständig erweiternden Universum ohne Anfang. Mathematisch gesehen waren beide Theorien gültige Lösungen von Einsteins Gleichungen der Allgemeinen Relativitätstheorie. Beide waren kompatibel mit den Beobachtungen von Edwin Hubble vom expandierenden Universum (1926).

Schliesslich gab die Entdeckung der kosmischen Hintergrundstrahlung der Steady-State-Theorie den Todesstoss. Doch der Ursprung einiger Isotope konnte gleichwohl nicht zufriedenstellend erklärt werden. So blieb etwa die Häufigkeit von Deuterium ein Rätsel. Das Berner Sonnenwindexperiment löste dieses Rätsel. Dank ihm liess sich nachweisen, dass Deuterium in der protosolaren Wolke bis zu zehnmal weniger vorkommt als auf der Erde oder in Meteoriten. Damit liess sich die Hypothese bestätigen, dass Deuterium ausschliesslich im Urknall produziert wurde.

Um die Sache doch noch etwas komplizierter zu machen: Der vom Segel aufgefangene Sonnenwind enthielt gar kein Deuterium. Dieses ist nämlich bei der Entstehung der Sonne aus dem protosolaren Nebel schon vollständig zu Helium-3 verbrannt. Das Sonnenwindsegel misst also das gesamte Helium-3. Davon muss man das ursprüngliche Helium-3 abziehen, wie man es in Meteoriten oder im Jupiter misst, um so auf das Deuterium im protosolaren Nebel zu kommen.

Weitere Einzelheiten zum «Deuterium-Puzzle» in der Zeitschrift «Spatium» des International Space Science Instituts, ISSI (in englischer Sprache, ab Seite 15): www.ogy.de/deuterium



Touristenmassen auf dem Berg und am See

Nicht nur in der berühmten italienischen Stadt Venedig kreuzen massenhaft Feriengäste auf, auch Schweizer Orte wie Luzern und Interlaken lernen den Begriff «Overtourism» kennen. Andere Regionen hingegen warten weiterhin auf Besucher, und Hotels müssen schliessen.

SUSANNE WENGER

Grandioses Alpenpanorama, Städte mit Shopping-Möglichkeiten: Die Schweiz ist ein attraktives Reiseland. 2018 verzeichnete die Hotellerie 38,8 Millionen Logiernächte – so viele wie noch nie. Das Allzeithoch zeigt: Der Schweizer Tourismus hat sich von schwierigeren Jahren erholt. Ab 2008 hatte ihm die Finanz- und Wirtschaftskrise zugesetzt, vor vier Jahren kam

der Frankenschock dazu. Nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Nationalbank und der Aufwertung des Frankens war die Schweiz vor allem europäischen Gästen zu teuer geworden. Tourismusverantwortliche entwarfen düstere Perspektiven. Doch nun steigen die Besucherzahlen wieder. An gewissen Orten derart stark, dass sich in der Bevölkerung Unmut regt.

Besonders in Luzern, am Vierwaldstättersee gelegen, mit Bergsicht und der berühmten Kappellbrücke. Weit über 20 000 Gäste pro Tag zählt man hier während der Hochsaison, ein grosser Teil davon aus den USA und Gruppenreisende aus asiatischen Ländern. Diesen Mai strömten einmal 12 000 Chinesinnen und Chinesen fast gleichzeitig in die mittelgrosse Stadt. Es war die grösste Reisegruppe, die die



Im Eiltempo durch Luzern: Die Zentralschweizer Stadt ist bei Reisegruppen aus China äusserst beliebt. Nicht alle Einheimischen freuts.

Foto Keystone

Schweiz je sah. Der Zulauf bringt wirtschaftliche Vorteile, wie eine Studie der Hochschule Luzern aufzeigt. Allein bei den Uhren-, Schmuck- und Souvenirgeschäften am zentralen Platz in Luzern, wo die Reisebusse anhalten, generierten Gruppentouristen im Jahr 2017 eine Wertschöpfung von 224 Millionen Franken. Das ist selbst für Schweizer Verhältnisse eine beeindruckende Zahl.

Lokalparlament reagiert

Doch während die Einnahmen sprudeln, stören sich Einheimische am Verkehrsaufkommen und am Gedränge in der Innenstadt. Das Ladenangebot richtet sich nur noch an Touristen aus, klagen sie. Die Situation ist zum Politi-

kum geworden. Das Luzerner Parlament stimmte kürzlich einem Vorstoss der Grünen Partei zu, in dem auch einschneidende Massnahmen wie eine Steuerung über den Preis und eine Obergrenze für Hotelbetten vorgeschlagen werden. Nun muss die Stadtregierung einen Bericht ausarbeiten, wie sie sich den Tourismus im Jahr 2030 vorstellt. Denn der Andrang dürfte weiter zunehmen. «Hauptursache für den Massentourismus sind die global wachsenden Tourismusströme», sagt der Luzerner Tourismusforscher Jürg Stettler im Interview mit der «Schweizer Revue» (siehe Seite 8).

Auch beim unweit von Luzern gelegenen Ausflugsberg Rigi bekundet die Bevölkerung Mühe mit den Massen. Letztes Jahr beförderten die Rigi-Bahnen knapp eine Million Personen, neuer Rekord auch dies. Neben den Schweizern selber zieht es Gruppenreisende aus China und Südkorea auf die Rigi. Die Bahnen hegen Ausbaupläne, doch dagegen formierte sich Widerstand. In einer Petition wandten sich Tausende, darunter Prominente wie der Kabarettist Emil Steinberger, gegen die Rigi «als Disney World» (siehe auch «Revue» 4/2018). Der Protest fruchtete. Einheimische, Gemeinden und Tourismusverantwortliche unterzeichneten vor Kurzem die Charta «Rigi 2030». Darin bekennen sie sich zu einer nachhaltigen Entwicklung des begehrten Bergs.

Ausgabefreudige Araber

Interlaken im Berner Oberland erlebte in den letzten Jahren ebenfalls ein markantes Tourismuswachstum. Neben Asiaten, die bequem per Bahn auf den Dreitausender Jungfrauoch – Unesco-Welterbe – fahren, kommen viele Araber in die Top-Destination zwischen Thuner- und Brienersee. Die aus den Golfstaaten stammenden Touristen reisen individuell, und sie sind kaufkräftig. 420 Franken gibt ein arabischer Tourist pro Tag aus, Über-

nachtung nicht einberechnet. Zum Vergleich: Ein chinesischer Gast lässt 380 Franken liegen, ein schweizerischer 140 Franken. Fast neunzig Prozent der Beschäftigten in Interlaken leben vom Tourismus. Kein Wunder, bemüht man sich intensiv um den lukrativen Nahost-Markt.

Doch auch hier zeigen sich bei der Bevölkerung «Sättigungseffekte», wie eine Studie der Universität Bern festhält. Nicht zuletzt fallen gewisse arabische Touristen wegen vollverschleierter Frauen im Strassenbild auf. Anders als im Tessin gibt es im Kanton Bern kein Verbot, den Niqab, also den

Zum Beispiel China

Wirtschaftswachstum und erleichterte Reisebestimmungen führen dazu, dass immer mehr Chinesinnen und Chinesen auf Reisen gehen. Das bekommt auch die Schweiz zu spüren. Im Jahr 2005 sorgten chinesische Touristen erst für rund 17 500 Logiernächte, 2018 waren es schon rund 147 300. Tourismusexperten erwarten, dass sich der Trend fortsetzt. Denn bisher besitzen erst zehn Prozent der rund 1,4 Milliarden Chinesen einen Reisepass. (SWE)

Gesichtsschleier, zu tragen. Befremden löst er trotzdem aus. Die Interlaken Tourismorganisation setzt auf gegenseitige Aufklärung, um interkulturellen Missverständnissen vorzubeugen. Touristisches Personal wird speziell geschult, für die mit den hiesigen Gepflogenheiten unvertrauten arabischen Gäste gibt es neu eine Anlaufstelle und einen Info-Guide. Darin werden ihnen unter anderem die Schweizer Verkehrsregeln erklärt, weil sie oft im Mietauto unterwegs sind.

«Nur sehr punktuell»

Durch die Wucht sozialer Netzwerke im Internet erlangen mitunter auch abgelegene Plätzchen internationale Berühmtheit. Wie das Berggasthaus

«Alle wollen an die gleichen schönen Orte»

Wachsende Märkte in Asien, soziale Medien und das typische Touristenverhalten: Das sind laut dem Luzerner Tourismusforscher Jürg Stettler Ursachen von Massentourismus.

«Schweizer Revue»: Jürg Stettler, gibt es in der Schweiz «Overtourism»?

Jürg Stettler: An einigen Orten zeigen sich ähnliche Entwicklungen wie in den oft kolportierten Beispielen Venedig, Barcelona und Amsterdam, aber noch nicht im gleichen Ausmass. Ein objektiver Schwellenwert existiert allerdings nicht. Wir können Indikatoren messen, etwa die Anzahl Touristen im Verhältnis zur Bevölkerung. Doch wann die Grenze zum «Overtourism» erreicht ist, ist eine Frage der Perspektive und der subjektiven Wahrnehmung. Das ist nicht mehr meine Stadt, sagen Anwohner in Luzern und Interlaken. Gleichzeitig finden Inhaber von Souvenirshops: Toll, dass so viele Touristen kommen.

Dichtestress, verdrängter Wohnraum, nur noch Souvenirshops: Kann man das Phänomen «Overtourism» nicht an den Folgen festmachen?

Das sind Kriterien, ja, aber auch sie werden unterschiedlich wahrgenommen. Und die Städte haben ja nicht flächendeckend ein «Overtourism»-Problem. Ich war letztes Jahr im Sommer in Venedig an einer Konferenz. Venedig in der Hochsaison? Ein No-Go, dachte ich aufgrund der medialen Darstellung. Und tatsächlich war es an gewissen Orten zu bestimmten Tageszeiten extrem dicht. Was ich jedoch nicht erwartet hatte: Hundert Meter neben den Hotspots fand ich menschenleere, entspannte Plätzchen vor.

Übertreiben wir Medien mit dem «Overtourism»?

Nein, nur läuft die Diskussion oft verkürzt und auch faktenfrei. Uns fehlen Daten, um eine qualifizierte Einschätzung abgeben zu können. Ich will nicht verharmlosen, bloss den Blickwinkel öffnen.

Was sind die Ursachen des Massentourismus?

Hauptursache sind die global wachsenden Tourismusströme. In grossen Märkten, namentlich China und Indien, können sich immer mehr Leute das Reisen leisten. Dazu kommt: Alle wollen an die gleichen schönen Orte. Das ist kein aussergewöhnliches Reiseverhalten, das machen auch die Schweizer so. Mit der Menge kann es aber zum Problem werden. Drittens: die sozialen Medien. Die Touristen feiern ihre Reisen mit Fotos auf Instagram, Reiseblogger publizieren Bucket-Listen. Was dazu führt, dass noch mehr Leute hingehen.

Eintrittsgelder erheben, Car-Parkplätze verteuern, Touristenströme umlenken, Airbnb einschränken: welches sind wirksame Massnahmen?

Viele Massnahmen sind in historischen Städten gar nicht umsetzbar, oder ihre Wirkung ist beschränkt. Vielmehr braucht eine Destination ganz grundlegend eine Vorstellung davon, welchen Tourismus sie in Zukunft haben will. Dabei sollten alle Akteure einbezogen werden, damit sie später in die gleiche Richtung ziehen. Der Tourismusdirektor

von Luzern kann noch lange auf Qualitätstourismus setzen – wenn eine Bergbahn oder ein Uhrengeschäft trotzdem günstige Verträge mit chinesischen Tour-Operatoren aushandelt und auf Menge setzt, ändert sich nicht viel. Es ist nicht leicht, die Anspruchsgruppen zu managen, doch ich sehe keine



Jürg Stettler ist Professor an der Hochschule Luzern. Er leitet dort das Institut für Tourismuswirtschaft.

Alternative. Sonst regt sich früher oder später Widerstand gegen die Touristen, in der Bevölkerung, mit politischen Vorstössen. Und dann kommt es zu harten Regulierungen, wie zum Beispiel dem Verbot von Airbnb.

Welche nicht überlaufene Destination empfehlen Sie Auslandschweizerinnen und -schweizern, die in der Schweiz Ferien verbringen möchten?

Überall dort, wo man nur zu Fuss oder mit dem Velo hinkommt, ist die Wahrscheinlichkeit gross, zu bestimmten Tageszeiten eine versteckte Perle vorzufinden. Exemplarisch nenne ich die Fräkmüntegg am Pilatus, zwischen den Kantonen Luzern und Nidwalden. Wer sich dort vor Sonnenuntergang hinaufbegibt, geniesst Ruhe und Aussicht. Aber bitte kein Foto auf Instagram posten!

Aescher-Wildkirchli im Kanton Appenzell-Innerrhoden, das bei Instagram-Touristen aus aller Welt zum Fotosujet wurde. Das winzige Gasthaus hielt dem Andrang nicht stand, die damaligen Pächter gaben 2018 auf. All dies führt dazu, dass negative Begleiterscheinungen des Massentourismus in der Schweiz vermehrt unter dem Begriff «Overtourism» öffentlich

diskutiert werden. Sogar der Schweizer Tourismus-Verband, der die Interessen der Branche vertritt, erarbeitete jüngst ein Positionspapier dazu. Doch Verbandsvertreter Robert Zenhäusern relativiert: «Das Phänomen tritt in der Schweiz nur sehr punktuell an einigen wenigen Hotspots auf.»

Zenhäusern sagt, die Touristen seien in der Schweiz ungleich ver-

teilt. Berggebieten im Wallis und Graubünden abseits der von internationalen Pauschalanbietern angesteuerten Ziele fehlten nach wie vor Gäste. Die Nachfrage bei den Europäern liegt immer noch unter dem Stand von einst. Sie gilt es laut Zenhäusern zurückzugewinnen. Denn die Kehrseite des «Overtourism» zeigt sich in gewissen Gegenden



durchaus deutlich. Nach Angaben von Hotelleriesuisse machen Jahr für Jahr rund hundert Schweizer Hotels dicht. Vor allem enorm geschrumpfte Margen scheinen das Problem zu sein. Manchenorts fehlt es auch an Investoren für eine sanierungsbedürftige touristische Infrastruktur. Klar ist: Muss ein Hotel oder eine Bahn schliessen, trifft dies eine Bergregion wirtschaftlich stark. Politische Forderungen nach mehr staatlicher Unterstützung liegen auf dem

Tisch. Auf die weltweit wachsende Reisetätigkeit muss sich die Schweiz aber auch nach Einschätzung ihrer Touristiker vorbereiten. Um Belastungsspitzen zu vermeiden und die Toleranz der Einheimischen nicht überzustrapazieren, setzt die Branche auf eine Lenkung der Touristenströme, auch zeitlich: Statt sich nur als Winter- und Sommerdestination zu empfehlen, wird jetzt erstmals der Herbst als eigenständige Saison vermarktet.

Dank Instagram plötzlich weltbekannt: das kleine Gasthaus Aescher in den Appenzeller Alpen. Foto Keystone



Das geschlossene Kurhaus Schwefelbad (BE) illustriert die Kehrseite des Booms: In Randregionen gehen 100 Hotels pro Jahr ein.

Foto Danielle Liniger

Die Fünfte Schweiz ist sehr reisefreudig

Nicht alle, die die Schweiz besuchen, suchen das Neue. Etliche suchen das Alte. Oder anders gesagt: Sie besuchen ihre alte Heimat. Unter den Feriengästen sind nämlich Zehntausende von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern, die reisenderweise ihre Beziehung zur Schweiz auffrischen. Exakte Zahlen fehlen, denn touristische Statistiken erfassen zwar das Herkunftsland der Gäste und fragen aber nicht nach ihrem Bezug zur Schweiz.

Eine Umfrage der Auslandschweizer-Organisation bei 35 000 Personen liefert aber klare Anhaltspunkte. 68 Prozent der Antwortenden gaben an, einmal oder mehrmals pro Jahr die Schweiz zu besuchen. Ein knappes Drittel sagte, sogar dreimal oder häufiger in die Schweiz zu reisen. Ein Zehntel besucht die Schweiz mindestens fünfmal pro Jahr. Bei aktuell 760 000 Auslandschweizerinnen und -schweizern führt jede Extrapolation zum Schluss: Die Schweizerinnen und Schweizer aus der Ferne sind für ihre alte Heimat eine beeindruckend grosse Gästegruppe.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind die Urlauber aus der Fünften Schweiz durchaus ein ökonomischer Faktor. Während ausländische Touristen im Schnitt keine drei Nächte in der Schweiz verweilen (2017: Ø 2,1 Nächte), nehmen sich Urlauberinnen und Urlauber aus der Fünften Schweiz Zeit. Eine klare Mehrheit ist acht Tage oder länger auf Besuch, ein Viertel länger als zwei Wochen. Gehts um Souvenirs, verhalten sie sich «klassisch»: Sie kaufen als Mitbringsel primär Schokolade, Käse, Wein und Uhren. Nicht gar so stark ins Gewicht fallen sie für die Hotellerie: Eine klare Mehrheit übernachtet bei Freunden und Angehörigen.

Ein Motiv der Urlauberinnen und Urlauber aus der Fünften Schweiz sticht heraus: Nichts stärkt die Bindung zur Schweiz besser als ein regelmässiger Besuch. Dies geht aus der Umfrage deutlich hervor. An zweiter Stelle steht punkto Bindung zur Schweiz übrigens die «Schweizer Revue». An dritter Stelle folgt die Möglichkeit zur politischen Partizipation, wobei anzumerken ist, dass die Erhebung erfolgte, bevor die elektronische Stimmabgabe in Frage gestellt wurde.

MARC LETTAU

Spielen auf Zeit

Der Bundesrat will den Rahmenvertrag der Schweiz mit der Europäischen Union erst unterzeichnen, wenn strittige Punkte geklärt sind. Das könnte noch länger dauern. Fraglich ist, ob sich die neue EU-Kommission gegenüber Bern flexibler zeigen wird. Bislang hat das Zeitspiel der Schweiz kaum geschadet.

THEODORA PETER



Bundespräsident Ueli Maurer: Muss für ein Rahmenabkommen eintreten, das seine Partei, die SVP, grundsätzlich in Frage stellt.



Die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: Darf sich gegenüber der Schweiz kaum flexibel zeigen, weil der Brexit die EU zu Härte gegenüber Nicht-EU-Staaten zwingt.

Seit nunmehr neun Monaten liegt der Entwurf eines institutionellen Rahmenabkommens auf dem Tisch, mit dem die Schweiz und die Europäische Union (EU) die Fortsetzung des bilateralen Wegs regeln wollen. Obwohl das Vertragswerk mit dem wichtigsten Handelspartner für die Schweiz eine enorm wichtige Bedeutung hat, hüllte sich der Bundesrat lange in Schweigen. Erst nach monatelangen Konsultationen der wichtigsten Akteure im Inland bezog die Landesregierung vor den Sommerferien erstmals Stellung. Die Schweiz könne den Vertrag in dieser Form nicht unterzeichnen, erklärte der Bundesrat im Juni. Nötig seien «Präzisierungen» in den strittigen Punkten. Den Begriff «Nachverhandlungen» vermied der Bundesrat in seiner Stellungnahme an den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker bewusst, denn solche hat die EU bislang kategorisch ausgeschlossen.

Konkret geht es um drei Punkte, die der Bundesrat in der vorliegenden Form nicht als mehrheitsfähig erachtet, weil sie innenpolitisch auf grossen Widerstand stossen: der Lohnschutz, die staatlichen Beihilfen und die Unionsbürgerrichtlinie («Schweizer Revue» 2/2019). Beim Lohnschutz will der Bundesrat erreichen, dass das Schweizer Lohnniveau garantiert wird. Bei den staatlichen Beihilfen will er sicherstellen, dass die Schweiz entsprechende EU-Regeln nur dort anwenden muss, wo ein vertraglich abgesicherter Zugang zum EU-Binnenmarkt besteht. Drittens soll das Rahmenabkommen nicht so interpretiert werden, dass die Schweiz zur

Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie gezwungen werden könnte. Mit der Unionsbürgerrichtlinie regeln die EU-Staaten gegenseitig die Aufenthaltsrechte ihrer Bürger in anderen Mitgliedstaaten, wozu auch Leistungen wie die Sozialhilfe gehören.

Lösung kaum in Juncker-Amtszeit

Fraglich ist, ob diese strittigen Punkte tatsächlich nur mit «Präzisierungen» in den Vertragsdokumenten zu regeln sind oder ob es neue Verhandlungen braucht. Dafür wird die Zeit jedoch langsam knapp: Ende Oktober tritt die amtierende EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker ab, die den Rahmenvertrag mit der Schweiz ausgehandelt hatte. Bundespräsident Ueli

Maurer (SVP) liess Anfang August verlauten, er erwarte nicht, dass bis zum Ende der Juncker-Amtszeit eine Lösung gefunden wird. Aber auch mit der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dürfte das Verhandeln nicht einfacher werden. Doch die Schweiz habe Zeit «und wir brauchen Zeit für eine Lösung, die der Schweiz dient», sagte Maurer, dessen Partei die Personenfreizügigkeit ganz aufgeben möchte. Die SVP-Initiative für eine «massvolle Zuwanderung» ist zustande gekommen und wird voraussichtlich in der Herbstsession im Nationalrat debattiert.

Zum Lohnschutz lag bei Redaktionsschluss noch keine mehrheitsfähige Schweizer Position vor. Der Bundesrat hatte die Gewerkschaften und die Arbeitgeber beauftragt, über



den Sommer mögliche Verhandlungsangebote an die EU auszuloten. Gewerkschaftschef Pierre-Yves Maillard machte aber bereits klar, keine Abstriche akzeptieren zu wollen. Auch er spielt auf Zeit und möchte Brüssel dazu bringen, der Schweiz beim Lohnschutz entgegenzukommen. Im Gegenzug schlägt er höhere Finanzbeiträge vor – ähnlich der bereits geleisteten Kohäsionszahlungen für die neuen EU-Länder, der sogenannten Ostmilliarde.

Möglich ist ein Szenario, wonach 2020 zunächst das Stimmvolk über die Begrenzungsinitiative der SVP entscheiden soll, bevor der Rahmenvertrag unterzeichnet wird. Ein VolksNein zur Kündigung der Personenfreizügigkeit käme einem Plebiszit zur Fortführung des bilateralen Wegs gleich und würde dem Bundesrat den Rücken stärken. Das Spielen auf Zeit bei der Unterzeichnung eines institutionellen Rahmenabkommens hatte für die Schweiz bislang keine grossen Nachteile. Zwar verweigerte die EU der Schweiz per 1. Juli die Verlängerung der sogenannten Börsenäquiva-

lenz. Doch scheinen die Schutzmassnahmen zu wirken, die der Bundesrat zugunsten des Handels von Wertpapieren an der Schweizer Börse ergriffen hatte.

Brexit bremst Flexibilität

Mehr Bauchschmerzen bereitet der Wirtschaft die drohende Erosion bestehender bilateraler Verträge. Solange es beim Rahmenabkommen keine Fortschritte gibt, will die EU bestehende Verträge nicht zwingend aktualisieren. So müsste das bilaterale Abkommen über die technischen Handelshemmnisse vor Mai 2020 angepasst werden, ansonsten könnten Schweizer Medtech-Firmen den direkten Zugang zum europäischen Binnenmarkt verlieren. Konkret drohen höhere bürokratische Hürden mit entsprechenden Mehrkosten. Für die Wirtschaft steht mit den bilateralen Verträgen viel auf dem Spiel: Die Schweiz verdient jeden dritten Franken im Rahmen ihrer Beziehungen zur EU. Auf der Grundlage der bilateralen Verträge findet täglich ein Warenaustausch im Umfang von einer Milliarde Franken statt. Ein offener Zugang zum europäischen Markt ist für die Schweizer Wirtschaft deshalb essenziell.

Wenig hilfreich ist für die Schweiz der drohende Brexit. Angesichts eines Austritts Grossbritanniens aus der EU setzt Brüssel alles daran, eine Nichtmitgliedschaft in der Europäischen Union möglichst unattraktiv zu gestalten. Das bekommt auch die Schweiz zu spüren, der man Rosinenpickerei vorwirft. Gemäss Beobachtern würde sich Brüssel Bern gegenüber flexibler zeigen, wenn man nicht wegen des Brexit Härte markieren müsste.

Der Artikel gibt den Informationsstand bei Redaktionsschluss Anfang August wieder. Früherer Artikel zum Thema: ogy.de/CH-EU



Das schweizerische Lohnniveau zu sichern ist eines der Hauptziele, die der Bundesrat erreichen will.

Foto Keystone

Schweizer Zahlen

21 000

Schweizer Heime und Spitäler brauchen immer mehr Pflegepersonal. 2900 Männer und Frauen schlossen 2018 eine entsprechende Ausbildung ab. Zusätzlich wurden 2700 ausländische Pflegefachleute anerkannt: Deren Zahl stieg damit in den letzten zehn Jahren um 21 000.

300 000

In der Schweiz wurden letztes Jahr 300 000 neue Autos registriert. Gegenüber dem Vorjahr sind die Neuwagen weniger umweltfreundlich: Sie brauchen im Schnitt 3,6 Prozent mehr Treibstoff und erzeugen mehr CO₂ (2017: 134 g/km, 2018: 138g/km).

670 000

In der Schweiz ist die Zahl der von Armut Betroffenen zwischen 2014 und 2017 von 615 000 auf rund 675 000 gestiegen. Dies geht aus dem statistischen Sozialbericht des Bundes hervor. Besonders betroffen sind alleinerziehende Mütter, Kinder und Langzeitarbeitslose.

1957

Mit 1957 Tagen Verspätung erhielten die Schweizer Bobfahrer Beat Hefti und Alexander Baumann ihre olympischen Goldmedaillen. Sie kamen zwar mit Silber aus Sotschi (2014) zurück. Den erstklassierten Russen wurde nach Dopingvorwürfen aber der Sieg aberkannt.

5000

Am 26. Juni 2019 stieg in der Schweiz die Nullgradgrenze auf über 5000 Meter. An etlichen hoch gelegenen Orten wurden in der Folge die höchsten Temperaturen aller Zeiten gemessen, etwa in Davos (29,8 °C), auf dem Ofenpass (28,1 °C) und dem Säntis (21,0 °C).

ZUSAMMENSTELLUNG: MUL



Peter Fischli und David Weiss
Moonraker (aus: Wurstserie), 1979
Farbfotografie, 50,5 x 72,5 cm



Judith Albert
Kein Wasser – kein Mond, 2004
Video-Projektion, DVD, Farbe, Ton,
4 min. 30 sec.



Balthasar Anton Dunker
Mondscheinlandschaft,
Männer auf einem Felsen, 1794
Aquarell, 14,7 x 11,7 cm



Franz Niklaus König
Die Stadt Bern im Mondlicht,
Blick vom Muristalden, um 1810
Aquarell auf Transparentpapier, 84 x 119 cm



Claude Sandoz

Mister Sun and Missis Moon, Sonnentuch, 1973
Mischtechnik Gouache und Glimmer auf
Stoff und Papier, 99 x 89 cm



Meret Oppenheim

Mondspiegelung in den Lagunen, 1977
Ölkreide auf grauem Papier

Wie der Mond die Fantasie beflügelt

Der Fussabdruck im Mondstaub war gestochen scharf. Nicht das geringste Wölkchen verschleierte den klaren, kahlen, felsigen Mondhorizont. Der erste Schritt eines Menschen auf dem Mond vor fünfzig Jahren lieferte also Bilder eines sehr mächtigen und sehr toten Gesteinsklumpens. Doch der grosse Schritt hat letztlich das Bild des Mondes nicht völlig verändert. Er ist auch heute, was er über die Jahrhunderte hinweg war: ein mildleuchtender Spiegel menschlicher Sehnsüchte und Befindlichkeit, ein Repräsentant der Nacht, des Dunkeln, des rational nicht Durchdringbaren. Gleichzeitig steht er stumm am Nachthimmel als Bote des Wunderbaren, Mystischen, Weiblichen. Wie sehr der Mond menschliche Sehnsüchte widerspiegelt und wie sehr er seit Jahrhunderten die künstlerische Fantasie beflügelt, zeigt die Ausstellung «Clair de lune» im Kunstmuseum Bern. Sie präsentiert Highlights aus der Grafischen Sammlung des Museums zum Thema Mond vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart, sorgfältig kuratiert von Marianne Wackernagel.

(MUL)

«Clair de lune», Kunstmuseum Bern, bis 20. Oktober 2019.

www.kunstmuseumbern.ch



Markus Raetz

Reflexion II, 1991
Heliogravur auf Vélín-Papier, 48,4 x 65,6 cm

Léman Express: Mobilität über Grenzen hinweg

Im Dezember nimmt das Hochgeschwindigkeitsbahnnetz im Raum Genf seinen Betrieb auf. Der Léman Express wird Genf mit mehreren Städten in der Schweiz und in Frankreich verbinden. Experten erhoffen sich davon einen Rückgang des motorisierten Verkehrs um 12 Prozent. Eine Revolution.

STÉPHANE HERZOG

Genf ist eine internationale Stadt. Sie schafft viele Arbeitsplätze, hat sich dabei aber über ihr Hinterland – die Waadt und das benachbarte Frankreich – bisher wenig Gedanken gemacht. Das mangelnde Interesse am Umland erreichte 2014 einen traurigen Höhepunkt: Unter dem Einfluss der rechtspopulistischen Partei Mouvement citoyens genevois (MCG) weigerten sich die Genfer, sich an der Finanzierung von Parkplätzen an der französischen Peripherie zu beteiligen. Sie sollten der Stadt Entlastung vom motorisierten Verkehr bringen. Gegenwärtig passieren täglich 630 000 Fahrzeuge die Grenze.

Pont-Rouge und Eaux-Vives. Beide befinden sich im Herzen eines neuen Quartiers mit öffentlichen Infrastrukturen und Unternehmen.

Schutz des neu gewonnenen verkehrsfreien Raums

Welches Ziel verfolgt Genf mit dem gigantischen Vorhaben, das 1,6 Milliarden Franken kosten wird? Es soll den motorisierten Verkehr in der Stadt verringern, in der bereits heute 42 Prozent aller Bewohner ohne Auto leben. Mit der Inbetriebnahme des Léman Express könnte der Verkehr um 12 Prozent reduziert werden. Dies wäre eine enorme



Ein Zug des Léman Express fährt in den neuen Bahnhof Lancy Pont-Rouge ein, eine der drei neuen Haltestellen dieser Genfer S-Bahn. Foto Keystone

Die für den 15. Dezember vorgesehene Inbetriebnahme des Léman Express dürfte dieser Schizophrenie ein Ende bereiten. Dann wird Genf über ein S-Bahn-Netz (Réseau Express Regional, RER) an den Rest der Agglomeration von einer Million Menschen angebunden sein. Die Genfer können dann innerhalb einer Viertelstunde zum Einkaufen ins benachbarte Frankreich fahren. Die französischen Grenzgänger wiederum können mit Zügen aus Annecy, Thonon oder St-Gervais direkt ins Genfer Stadtzentrum gelangen. Dort sind zwei neue Zentralbahnhöfe entstanden: Lancy

Verbesserung. Soll die Entlastung dauerhaft bleiben, muss der Staat allerdings verkehrseinschränkende Massnahmen planen. Sonst wird der flüssigere Strassenverkehr durch neue Fahrzeuge wieder ausgebremst, «wie es nach der Lancierung der S-Bahn nach Zürich der Fall war», sagt Vincent Kaufmann, Professor für Mobilitätsanalysen an der Ecole polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL). Zudem gelte es den Forderungen punkto Fussgängerzonen und Langsamverkehr Rechnung zu tragen. Wird der Kanton die Zufahrt von Fahrzeugen nach Genf einschränken? Ein

neues Mobilitätsgesetz sieht vor, dem öffentlichen Verkehr im Stadtkern und in anderen wichtigen Stadtknotenpunkten Vorrang einzuräumen. Der Gesetzestext ist ein Kompromiss, denn Genf hat in seiner Verfassung den Grundsatz der Komplementarität des öffentlichen und privaten Verkehrs verankert. Die Stadt ist ausserdem verpflichtet, jeden Verlust von Parkplätzen auszugleichen. Durch diese Regelung ist das Chaos an zentralen Orten der Stadt überhaupt erst entstanden.

Anreiz bieten, das Auto in der Garage zu lassen

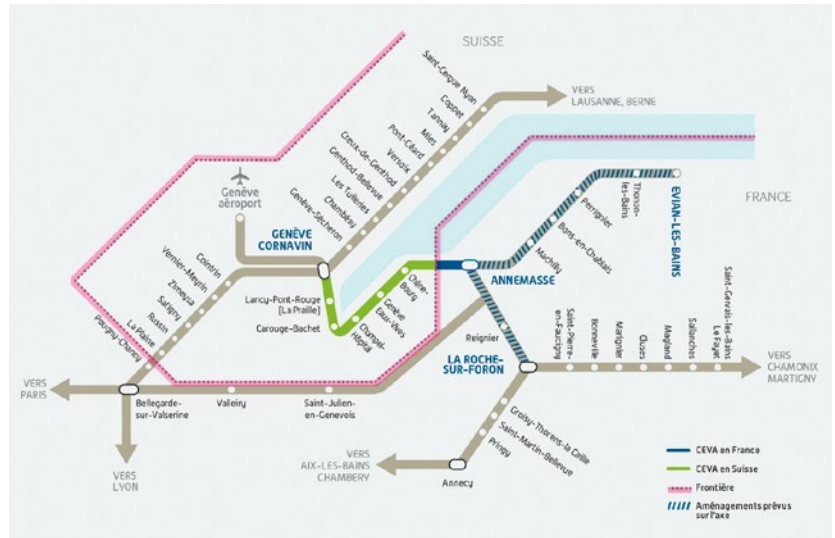
Der Streit in Sachen Parkplätzen ist in Genf heftig. Derzeit zahlen lediglich 40 bis 50 Prozent der Nutzer fürs Parkieren. Etliche Pendler parkieren unrechtmässig und nehmen dafür Geldbussen von 40 Franken in Kauf – als wärs ein günstiger Parktarif. Der Kanton will nun hier die Schraube fester anziehen und nimmt auch Firmen ins Visier, die ihrem Personal Gratisparkplätze anbieten.

Genf mangelt es heute an Fussgängerzonen. Dank der Inbetriebnahme des Léman Express könnten «mehrere kommunale Projekte, die eine Umwandlung von Strassen und Plätzen im Stadtkern in Fussgängerzonen oder die Einführung eines Vortrittsrechts für Fussgänger vorsehen», verwirklicht werden, sagt Yann Gerdil-Margueron des kantonalen Verkehrsamts.

Laut Vincent Kaufmann ist das aktuelle politische und soziale Umfeld günstig für verkehrspolitische Veränderungen. Seine Beobachtung: «Die CVP hat ihre Meinung zu den Verkehrsfragen geändert. Dadurch hat sich das politische Gleichgewicht verschoben. Auch die grüne Welle und die Sorgen um den Klimawandel müssen berücksichtigt werden.» In der Vergangenheit waren Linke und Rechte in der Mobilitätsfrage stets stark gespalten.

Die Wahl der Genfer fiel aufs Auto

Genf befreit sich mit dem Léman Express aus einer langen Gefangenschaft. Vor 1914 bestand in der Region ein Schienennetz von 125 Kilometern Länge zwischen der Schweiz und Frankreich. «Bis zur Verwirklichung des CEVA-Projekts, einer Bahnverbindung zwischen Annemasse und Genf, dauerte es über ein Jahrhundert. Grund waren insbesondere die beiden Kriege, die zur Schliessung der Grenzen beitrugen. Nach 1945 entschied sich Genf für das Auto», fasst der Genfer CVP-Grossrat Guy Mettan zusammen. Der ehemalige Journalist hat sich für die Ergänzung dieses fehlenden Verbindungsglieds zwischen den beiden Ländern eingesetzt, das bereits in einem 1912 unterzeichneten Abkommen vorgesehen ist. «Die Umsetzung hat sich lange verzögert. In Anbetracht der gewaltigen Grössenordnung wurde das Projekt dann jedoch rasch abgeschlossen», sagt



Ein Zug alle zehn Minuten und 45 Bahnhöfe

Der Léman Express bedient auf einem Streckennetz von 230 Kilometern 45 Bahnhöfe in Frankreich und in der Schweiz. Er wird mit 40 Zügen betrieben. Wochentags fährt alle zehn Minuten ein Zug in jede Richtung. Mit sechs Linien kann die S-Bahn täglich 50 000 Passagiere befördern. Sie verbindet die neuralgischen Punkte der Stadt und des Kantons: den Bahnhof Cornavin, den Flughafen Cointin und das Kantonsspital. Auch die Quartiere auf beiden Ufern werden miteinander verbunden. Das Netz bietet überdies eine Anbindung an den ausserregionalen Verkehr. Passagiere können dank der Züge des Regio Express ab Eaux-Vives oder Lancy Pont-Rouge nach Lausanne oder Martigny reisen. (SH)

Mettan. Apropos Grössenordnung: Wer die Tunnel und Bahnhöfe während der Bauphase besuchte, staunte ob den Dimensionen. «Die Bahnhöfe Lancy Pont-Rouge und Eaux-Vives haben Perrons von 320 Metern Länge. Sie sind riesig, einfach gigantisch!», begeistert sich Vincent Kaufmann.

Schwachstellen auf französischer Seite

«Für Genf als Stadtkanton ohne wirkliches Umland war es schwierig, den Massstab des eigenen Denkens so sehr zu verändern. Mit der S-Bahn verlassen wir die Grenzen des Kantons», sagt Guy Matton. Mobilitätsexperten warnen indessen vor Schwachstellen, die das System zum Entgleisen bringen könnten. Der Léman Express wird von Mechanikern aus der Schweiz und Frankreich gewartet und mit Schweizer Zügen von Stadler und französischen Zügen von Alstom befahren. Diese Mischung ist eine potenzielle Problemquelle. Auch Verzögerungen beim Bau der französischen P-R-Anlagen könnten zunächst verhindern, dass Pendler auf Züge umsteigen. Das Schienennetz der SNCF ist zudem veraltet: «An einigen Stellen ist keine Doppelspur vorhanden, und die Weichen werden manuell bedient. Im Falle einer Störung könnte es zu Verspätungen auf dem gesamten Netzwerk kommen», befürchtet Vincent Kaufmann. Als missglückte Erfahrung nennt der Spezialist das Basler S-Bahn-Netz: Dort müssen die Passagiere beim Grenzübertritt den Zug wechseln.

Pjotr Ivanowitsch spricht Klettgauer Dialekt

Der Schriftsteller Albert Bächtold erlebte als Auslandschweizer die russische Revolution und schilderte seine Erlebnisse in Schaffhauser Mundart.

CHARLES LINSMAYER

Man hätte jede Stelle zweimal besetzen können: So gross war der Lehrerüberschuss, als der 22-jährige Primarlehrer Albert Bächtold 1913 die seine aufgab und nach zwei Jahren Lehramt in Merishausen die Einladung eines Auslandschweizers annahm und als Hauslehrer auf das Adelsgut Baranowitschi in der Nähe von Kiew zog. Und da erlebte er nun die dramatischsten Tage der jüngeren russischen Geschichte: den Sturz des Zaren, das Scheitern des republikanisch gesinnten Kerenski, die Rückkehr Lenins und die Revolution, die ihn nicht etwa zum Kommunisten, sondern zu einem Gegner des Marxismus machte. Mit dem Zug, den Lenin den Auslandschweizern bereitstellte, kehrte er im Oktober 1918 in die Schweiz zurück und setzte sich da für die aus Russland vertriebenen Landsleute ein. Um Geld für sie zu sammeln, reiste er schliesslich nach Amerika, hielt Vorträge, besuchte das berühmte Sing-Sing-Gefängnis und kam per Zufall in Berührung mit einer Firma, die unter dem Slogan «Das Kino in der Westentasche» transportable Kinoprojektionsapparate anbot. Bächtold begeisterte

sich dafür und liess sich als Schweizer Vertreter für das Unternehmen anheuern. In kurzer Zeit kam er zu Reichtum, fuhr das teuerste Auto, das es gab, und heiratete in zweiter Ehe das schönste Mannequin des Modehauses Grieder. Bis der Traum in der Wirtschaftskrise 1929 platzte. Bächtold stand plötzlich mausarm und allein da und versuchte, als Journalist durchzukommen.

Begeistert für Knut Hamsun, begann er auch zu schreiben, schrieb den Roman «Der grosse Tag» und las im Dichterkreis in Rudolf Jakob Humms Rabenhaus daraus vor. Der Abend wurde zu einem Flop, und weil er zuvor für ein Dialektbuch ein Kapitel daraus in die Klettgauer Mundart übertragen hatte, schlugen ihm die Anwesenden vor, ganz zum Dialekt überzugehen. So entstand sein erstes Mundartbuch, «De Tischtel-

fink», eine Hommage an seinen früh verstorbenen Vater, und er schickte das Manuskript jahrelang erfolglos von Verlag zu Verlag, bis 1939 ausgerechnet die linke Büchergilde Gutenberg, die im Zeichen der geistigen Landesverteidigung auf Heimatliches setzte, das Buch veröffentlichte. Nun folgten weitere Werke in Klettgauer Dialekt, die unter Titeln wie «De Hannili Peter» (die Geschichte seiner Kindheit), «Wält uхни Liecht» (der Bericht über eine Augenoperation), «De Studänt Räbme» (die Schulzeit an der Kanti Schaffhausen) oder «De ander Wäg» (die Jahre in Zürich und der Entscheidung für den Dialekt) sein eigenes Leben nacherzählten. Am spektakulärsten aber erwies sich, was Bächtold unternahm, als er 1950 unter dem Titel «Pjotr Ivanowitsch» in zwei umfangreichen Bänden sein russisches Abenteuer von 1913–18 zu Literatur machte. Auch in dieses Buch flossen zwar autobiografische Elemente, aber es findet sich da auch eine hochdramatische Lovestory, die frei erfunden ist. Höchst beachtlich ist jedenfalls, wie in dem Roman die russische Landschaft und die russische Gesellschaft auf authentische Weise aufleben und Bächtold sich nicht gescheut hat, um das Russische nachzuempfinden, dem Dialekt neue Wörter, Satzformen und Gesprächsfolgen zu schenken. Sogar Menschen mit fremdländischem Akzent und solche mit Sprachfehlern sind mühelos erkennbar, obwohl die Russen doch alle lupenreines Klettgauerdeutsch sprechen.

Kein Heimweh nach Amerika

Unter dem Titel «De Silberstaab» hat Bächtold 1953 auch den Amerika-Aufenthalt in den Klettgauer Dialekt heimgeholt, aber dem Buch fehlt die Intensität und Herzlichkeit des Russlandbuches, was durchaus zu verstehen ist, wenn man hört, wie verschieden Bächtold die beiden Länder beurteilte: «Amerika bewunderet me und vergissts. Me chunnt ka Haaweh über nach im. Russland hät me lieb. Und öppis, wo me lieb hät, vergisst me nie.»

Insgesamt 14 Bücher in Klettgauer Dialekt hinterliess Albert Bächtold, als er 1981 90-jährig starb. Bücher, die, obwohl ausserhalb Schaffhausens sich kaum jemand damit befasst, im Verlag Meier Schaffhausen auch heute noch alle bestellt werden können. Nach Bächtolds Tod hat sich nämlich herausgestellt, dass er in Meilen ein grosses Landstück besass, dessen Verkauf die Voraussetzung dafür lieferte, dass seine Werke, immer wieder neu aufgelegt, auch in 500 Jahren noch lückenlos im Handel greifbar sein werden.



«Vor üüsene Auge, liebi Lüüt, im hällschte Tagliecht, spilt sich s Stäärbe vo amm von wärt-vollschte Kulturgüetere ab – und niemer rüert en Finger dergege. Für alls hät me Gält, für alls Inträssi und Ziit – für d Muetersprooch ka Minute und ka guet Wort.»

(Aus Bächtolds Ansprache zur Verleihung des Bodensee-Literaturpreises 1966).

Die Wahlen und des Volkes Sorgen

Die nahenden eidgenössischen Wahlen werden auch zu einem Werben um die Stimmen der Fünften Schweiz. Was die Umworbene sehen sollten: Es sind eindeutig Inlandsthemen, die diesmal den Wahlkampf dominieren.

MARC LETTAU

Vor Wahlen rücken die Sorgen und Hoffnungen der Wählerinnen und Wähler vermehrt in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Die eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober 2019 sind da keine Ausnahme – und ein beliebter Gradmesser für die Befindlichkeit der Nation ist der «Sorgenbarometer» des Meinungsforschungsinstituts GFS Bern. Dessen neuste Ausgabe zeigt: Die stimm- und wahlberechtigten Schweizerinnen und Schweizer sehen die vordringlichsten Probleme im Inland.

Über Jahre war drohende Arbeitslosigkeit die grösste Sorge der Befragten. Sie ist nun vom Sorgenthema Altersvorsorge verdrängt worden: Die unklare finanzielle Zukunft der AHV und die Kontroverse um die Erhöhung des Rentenalters erachteten 45% der Befragten als besorgniserregend (Vorjahr: 44%). Die von 41% genannte Hauptsorge Nr. 2: Das immer teurer werdende Schweizer Gesundheitswesen und die hohen Krankenkassenprämien, die das Familienbud-

get immer stärker belasten. Zum Vergleich: Im Vorjahr erwähnten nur 26% das Gesundheitswesen als eine ihrer Hauptsorgen. Wichtig geblieben sind in der Sorgenwahrnehmung die Migrations- und die Flüchtlingsfrage. Insgesamt orten die Forscher eine «Verschiebung der Sorgenwahrnehmung hin zu innenpolitisch getriebenen Themen». In dieses Bild passt, dass nach dem Hitzesommer 2018 der Klimawandel und der Umweltschutz unter die fünf Hauptsorgen der Schweizerinnen und Schweizer aufgerückt sind.

Der Fokus aufs Innenpolitische bedeutet für die wählenden Auslandschweizerinnen und -schweizer, dass zwar intensiv um ihre Stimme geworben wird, ihre Anliegen aber nicht unbedingt im Mittelpunkt stehen. Ablesbar ist das etwa am Thema E-Voting: Innenpolitisch ist E-Voting auf Eis gelegt. Gleichwohl geben in der grossen Parteienumfrage der «Revue» (siehe Folgeseiten) sechs von sieben Parteien an, sie stünden dem E-Voting – zumindest für Ausland-

schweizerinnen und -schweizer – positiv gegenüber. Das heisst: Das Wohlwollen ist da, aber das Thema ist innenpolitisch blockiert.

Gleichwohl sind Anstrengungen erkennbar, der Fünften Schweiz eine stärkere politische Stimme zu geben. In mehreren Kantonen portieren Parteien – insbesondere die SP und die SVP – im Ausland lebende Kandidatin-

Wen wählen, wenn man niemanden kennt?

Selbst für viele, die nicht in der Ferne, sondern in der Schweiz leben, stellt sich die Frage: Wen soll ich wählen, wo ich doch keine Kandidierenden wirklich kenne? Ein Hilfsmittel, das Einblicke in die politische Haltung der Kandidatinnen und Kandidaten gibt, ist die Online-Plattform Smartvote. Dank den Antworten der Kandidierenden auf eine Vielzahl von politischen Fragen, entstehen vergleichbare Profile. Besonders reizvoll: Als Wählerin und Wähler können die gleichen Fragen ebenfalls beantwortet werden. Damit wird es möglich, die eigene politische Haltung mit der Haltung der Kandidierenden direkt zu vergleichen. Je deckungsgleicher das eigene Smartvote-Ergebnis mit dem eines Kandidaten oder einer Kandidatin ist, desto wahrscheinlicher liegt eine ähnliche politische Position vor. www.smartvote.ch

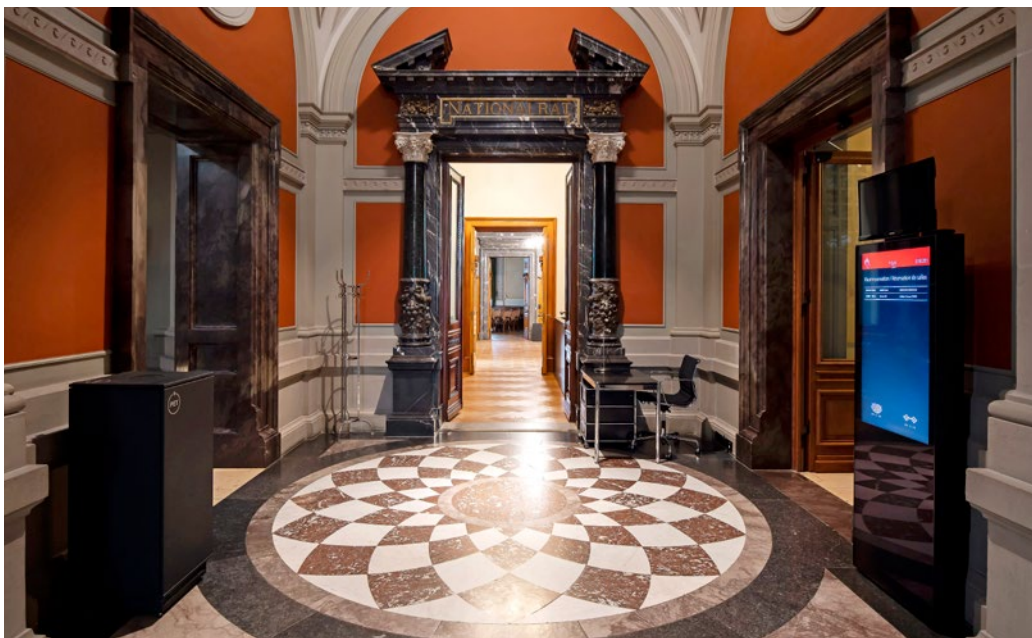
nen und Kandidaten. Namen stehen immer auch für Themen: Mit der voraussichtlich hohen Zahl an Kandidierenden aus der Fünften Schweiz finden deren Anliegen leichter Eingang in den Diskurs der Parteien. Das zumindest ist aus Sicht der Fünften Schweiz die positive Entwicklung im Wahljahr 2019.

Kandidatinnen und Kandidaten aus der Fünften Schweiz finden Sie unter www.revue.ch



Leer ist sie hier, die Wandelhalle im Bundeshaus: Am Wahltag wird entschieden, wer sie künftig belebt.

Foto Keystone



Die grosse Wahlumfrage: Sieben Parteien auf den Zahn gefühlt

Klare und knappe Antworten auf teils knifflige Fragen: Das hat die «Schweizer Revue» von den sieben wählerstärksten Parteien eingefordert. Die Antworten sind eine Orientierungshilfe für all jene, die an den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober 2019 mitbestimmen wollen.



Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP)

2008 als Abspaltung von der SVP gegründete Mittepartei. Parteistärke 2015: 4,1%. Aktuelles politisches Gewicht: 7 Sitze im Nationalrat, 1 Sitz im Ständerat. www.bdp.info

Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)

Mittepartei mit konservativ-katholischen Wurzeln. Parteistärke 2015: 11,6%. Aktuelles politisches Gewicht: 26 Sitze im Nationalrat, 14 Sitze im Ständerat, 1 Sitz im Bundesrat. www.cvp.ch

Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)

(seit der Fusion von 2009 mit der Liberalen Partei unter dem Label «FDP. Die Liberalen»). Parteistärke 2015: 16,4%. Aktuelles politisches Gewicht: 33 Sitze im Nationalrat, 12 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat. www.fdp.ch

Grünliberale Partei (GLP)

Als Mittepartei 2007 aus einer rechten Abspaltung von den Grünen entstanden. Parteistärke 2015: 4,6%. Aktuelles politisches Gewicht: 8 Sitze im Nationalrat. www.grunliberale.ch

Grüne Partei der Schweiz (GPS)

Linke Partei mit Wurzeln in der Anti-AKW-Bewegung und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Parteistärke 2015: 7,1%. Aktuelles politisches Gewicht: 11 Sitze im Nationalrat, 1 Sitz im Ständerat. www.gruene.ch

Schweizerische Volkspartei (SVP)

Konservative-nationalistische Rechtspartei, seit 2003 wählerstärkste Partei. Parteistärke 2015: 29,4%. Aktuelles politisches Gewicht: 64 Sitze im Nationalrat, 5 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat. www.svp.ch

Sozialdemokratische Partei (SP)

Einzigste linke Partei in der Landesregierung, Wurzeln in der Arbeiterbewegung. Parteistärke 2015: 18,8%. Aktuelles politisches Gewicht: 42 Sitze im Nationalrat, 12 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat. www.sp-ps.ch

Der demografische Wandel wirkt sich auf die Finanzierung der Sozialwerke aus. Soll das Rentenalter in der Schweiz von heute 64 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer erhöht werden?

JA

Neust der Erhöhung des Rentenalters ist dessen Koppelung an die Lebenserwartung die einzige Möglichkeit sicherzustellen, dass auch nachfolgende Generationen noch eine Rente erhalten.

JA

Mit der schrittweisen Angleichung kann das System nachhaltig finanziert werden, wobei Frauen dafür nicht die Kosten tragen sollen. Beitragslücken durch Mutterschaft müssen kompensiert werden.

JA

In einem ersten Schritt ist das Rentenalter auf 65/65 anzugleichen. Langfristig müssen wir wegen der demografischen Entwicklung über echte Massnahmen diskutieren.

JA

Eine Erhöhung und Flexibilisierung des Rentenalters ist aufgrund der demografischen Entwicklung zwingend.

NEIN

Frauen haben heute wegen tieferer Löhne und unbezahlter Betreuungs- und Pflegearbeit eine grosse Rentenlücke. Solange diese nicht geschlossen ist, bleibt eine Erhöhung des Rentenalters unfair.

JA

Das Rentenalter 65 für Frauen und Männer ist für die finanzielle Sicherung der AHV unumgänglich.

NEIN

Die Situation der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt ist dramatisch, mit einer Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit und der Sozialhilfequote. Ältere Arbeitslose werden diskriminiert.

Die Gesundheitskosten und die Krankenkassenprämien in der Schweiz steigen Jahr für Jahr an. Welches sind die drei wichtigsten Massnahmen, mit denen dieser Entwicklung entgegenzuwirken ist?

➤ Stärkung der Eigenverantwortung der Patienten, entweder durch integrierte Versorgungsmodelle oder durch wirksame Erhöhung der Franchise sowie des Selbstbehaltes.

➤ Eine Kostenbremse im Gesundheitswesen, wie sie die CVP mit einer Volksinitiative fordert: Sie stellt sicher, dass die Prämien nicht stärker steigen dürfen als die Löhne.

➤ Die Lösung liegt nicht in einem einzigen Wundermittel, sondern alle müssen mitmachen, und viele Massnahmen sind nötig. Beispielsweise müssen Qualität und Kosten

➤ Die GLP will ein Gesundheitssystem, das die Versorgung der ganzen Bevölkerung sicherstellt und gleichzeitig die Eigenverantwortung und Prävention fördert.

➤ Priorität ist die Stärkung der Grundversorgung, der Prävention und der Koordination. Zum Beispiel mit einer öffentlichen Krankenkasse.

➤ Generell ist mehr Selbstverantwortung notwendig. Beispielsweise soll bei ambulanten Praxis- oder Spitalbesuchen für jede neue Behandlung ein symbolischer Selbst-

➤ Griffige Zulassungssteuerung im ambulanten Bereich; die Kantone müssen die Eröffnung von Arztpraxen bedarfsgerecht steuern können. ➤ Senkung der Medikamenten-

> Forcierung der einheitlichen Finanzierung der stationären und ambulanten Behandlung. Die Prämienzahl werden im jetzt geltenden System zu stark belastet.

> Die Digitalisierung nutzen: Moderne Kommunikationsmittel sollen vermehrt zur Anwendung kommen. Das elektronische Patientendossier ist überfällig.

Unnötige Behandlungen sollen verhindert werden, um bei gleichbleibender Qualität Kosten zu sparen.

> Vermeiden von teurer und gesundheitsschädlicher Überbehandlung. Die verateten und zu hohen Tarife sind endlich anzupassen.

> Fördern ambulanter Eingriffe und gleichzeitig Reduzieren von Spitalkapazitäten.

der Leistungen für die Patienten vergleichbar werden.

> Teure Fehlanreize wie das Warten bei Kantonsspitälern sind zu beseitigen.

> Auch wir Patienten müssen unser Bewusstsein für die Kosten der eigenen Gesundheit erhöhen. Ideen wie freiwillige Pflegesparkonten mit Steuerbefreiung wie bei der 3. Säule haben Potenzial.

> Stärkere Förderung und Finanzierung von Projekten, die Beratung, Prävention, Behandlung und Pflege sinnvoll miteinander verknüpfen.

> Solange die unsozialen Kopfrämen bestehen bleiben, braucht es eine Korrektur. Die Grünen setzen sich für soziale Prämienvorbildungen ein und bekämpfen entsprechende Sparmassnahmen.

Stärkere Förderung und Finanzierung von Projekten, die Beratung, Prävention, Behandlung und Pflege sinnvoll miteinander verknüpfen.

> Es darf keine leichtsinnige Ausweitung des Pflichtleistungskatalogs in der Grundversicherung mehr geben, so zum Beispiel bei der Kostenübernahme für fruchtbarkeitserhaltende Massnahmen bei Krebspatienten. (Revision Tarmed).

preise durch Einführung eines Referenzpreissystems und Schaffung von Transparenz über die Forschungskosten der Pharma und die Bildung der Fabrikabgabepreise.

> Einführung von Tarifmodellen, welche die Kooperation zwischen den Leistungserbringern und die koordinierte Versorgung fördert (Revision Tarmed).

Bestens integrierte Ausländer haben in der Schweiz kaum Mitbestimmungsrechte. Das führt auch zu Kritik am Stimmrecht jener Auslandschweizer, die mitbestimmen, ohne je in der Schweiz gelebt zu haben. Sollen Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz leben, das Stimm- und Wahlrecht erhalten?

NEIN	Das Stimm- und Wahlrecht ist ein wesentlicher Bestandteil der Bürgerrechte.	NEIN	Das Stimmrecht soll weiterhin an das Bürgerrecht geknüpft werden. So wird sichergestellt, dass die notwendige gesellschaftliche und politische Integration erfolgt.	NEIN	Weder JA noch NEIN	JA	Zumindest auf kantonaler und kommunaler Ebene sollen diese Ausländerinnen und Ausländer mitbestimmen dürfen.	JA	Es ist selbstverständlich, dass, wer hier lebt, auch hier abstimmen soll. Die Grünen haben in mehreren Kantonen bereits entsprechende Initiativen lanciert.	NEIN	Als Schweizerin und Schweizer hat man Rechte und Pflichten. Das Stimmrecht erhält man deshalb nach der Einbürgerung.	JA	Es ist ein Skandal und einer Demokratie zutiefst unwürdig, dass in der Schweiz ein Viertel der Wohnbevölkerung keine politischen Rechte hat.
-------------	---	-------------	---	-------------	----------------------------------	-----------	--	-----------	---	-------------	--	-----------	--

Eine diesen Sommer eingereichte Volksinitiative will Kriegsmaterialexporte einschränken. Sollen Kriegsmaterialexporte in kriegführende oder von Bürgerkrieg betroffene Länder verboten werden?

JA	Der BDP gehört zu den Initianten. Der Bundesrat soll nicht mehr alleine über Exporte entscheiden. Nötig sind ein Dialog und eine breite Abstützung – auch im langfristigen Interesse der Rüstungsindustrie.	NEIN	Die CVP steht zur Schweizer Rüstungsindustrie. Die heutigen Ausfuhrbestimmungen reichen aus und schränken Kriegsmaterialexporte in kriegführende oder von Bürgerkrieg betroffene Länder stark ein.	JA	Die GLP ist Mitglied im Initiativkomitee.	JA	Die Grünen fordern ein generelles Verbot aller Kriegsmaterialexporte. Die Schweiz soll ihre Sonderrolle als neutrales Land mit humanitärer Tradition für eine aktive Friedenspolitik nutzen.	NEIN	Die Landesverteidigung der Schweiz ist auf eine heimische Rüstungsindustrie angewiesen und diese wiederum auf Exportmöglichkeiten. Dabei befolgt sie bereits heute strenge Regeln.	JA	Die Schweiz hat den von Gewalt erschütterten Regionen Besseres zu bieten als Waffen. Sie ist auch für die eigene Sicherheit darauf angewiesen, Konflikte durch Verhandlungen zu lösen.
-----------	---	-------------	--	-----------	---	-----------	--	-------------	--	-----------	--

Der Flugverkehr belastet das Klima stark. Soll die Schweiz eine CO₂-Abgabe auf Flugtickets einführen? – (Weitere Antworten der Parteien auf Klimapolitische Fragen unter www.revue.ch)

JA	Unser Klima muss geschützt werden. Verursacher grosser Emissionen dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen.	JA	Die Abgabe muss aber wirtschaftsverträglich sein und zu einem grossen Teil an die Bevölkerung zurückverteilt werden. Der Rest soll in einen Klimafonds für Innovationen fliessen.	JA	Wir haben dazu schon länger einen Vorstoss im Nationalrat eingereicht.	JA	Auch der Flugverkehr muss einen Beitrag an den Klimaschutz leisten. Alle Nachbarländer der Schweiz erheben bereits eine solche Abgabe.	NEIN	Eine einzig in der Schweiz erhobene Abgabe tut nichts fürs Klima. Auch mit einer «Ablass-Abgabe» wird trotzdem geflogen. Es kann nicht sein, dass sich künftig nur noch Reiche Reisen leisten können.	JA	Die Lenkungsabgabe auf Flugtickets soll je nach Flugdistanz und Kabinenklasse unterschiedlich hoch ausfallen. Wie die CO ₂ -Abgabe soll auch die Abgabe auf Flugtickets vollumfänglich an die Bevölkerung zurückerstattet werden.
-----------	--	-----------	---	-----------	--	-----------	--	-------------	---	-----------	--



Für Schweizerinnen und Schweizer, die in EU-Ländern leben, ist das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU von zentraler Bedeutung. Ist die Begrenzung der Einwanderung wichtiger als der Erhalt der Bilateralen Verträge mit der EU?

<p>Die BDP ist gegen den Beitritt der Schweiz zur EU. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass die Schweiz wirtschaftlich und gesellschaftlich eng mit den Ländern der EU verbunden ist. Der eingeschlagene bilaterale Weg ist gut für die Schweiz. Er wurde vom Schweizer Volk mehrmals bestätigt. Einige der Verträge sind gut, einige werden kritisiert, andere bedürfen einer Überarbeitung. Allerdings wäre es äusserst gefährlich, diesen bewährten Weg und damit auch unseren Wohlstand wegen einer unnötigen Initiative zur Begrenzung der Einwanderung aufs Spiel zu setzen.</p>	<p>Kein anderer Partner hat so stark zum Wohlstand in der Schweiz beigetragen wie die EU. Und auch die EU profitiert stark von der Schweiz. Wir wollen eine Beziehung mit der EU, die weder zum Nachteil der Schweiz noch der EU ist. Für die CVP ist klar: Die bilateralen Verträge sind nicht verhandelbar. Das Volk hat dazu mehrmals Ja gesagt. Sich in Europa frei bewegen, unsere Waren und Dienstleistungen ohne Nachteile in der EU verkaufen, der Austausch von Wissen – davon profitieren wir alle jeden Tag. Die CVP hat sich schon immer für den bilateralen Weg mit der EU ausgesprochen und isolationistische Angriffe abgewehrt. Somit lehnt die CVP auch die sogenannte «Kündigungsinitiative» der SVP klar ab. Eine Beendigung der Personenfreizügigkeit hätte gravierende Auswirkungen für die Wirtschaft, die Forschung und die Arbeitsplätze in der Schweiz: Alle anderen Marköffnungsabkommen sowie das Forschungsabkommen mit der EU würden wegfallen.</p>	<p>Der bilaterale Weg garantiert einen massgeschneiderten Zugang zum EU-Binnenmarkt, ohne dass wir der EU beitreten müssen. Er hat den Menschen in der Schweiz Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand gebracht und ermöglicht Hunderttausenden das Leben und Arbeiten in der EU/EFTA. Die Kündigungsinitiative der konservativen Abschotter greift diesen Erfolgsweg direkt an. Es ist wichtig, dass die Schweiz auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zählen kann. Gleichzeitig nimmt die FDP aber die Sorgen vieler Schweizerinnen und Schweizer bezüglich der Zuwanderung ernst. Darum wollen wir Missbräuchen und negativen Auswirkungen entschieden begegnen: Sozialtourismus ist zu bekämpfen, der Familiennachzug bei der Einwanderung aus Drittstaaten zu beschranken und Missstände im Asylbereich sind zu beheben.</p>	<p>Wir wollen die bilateralen Verträge nicht nur erhalten, sondern weiterentwickeln. Die GLP steht als einzige Partei seit Beginn aus Überzeugung für ein Rahmenabkommen ein.</p>	<p>Die Schweiz ist Teil Europas. Als europäische Partei setzen sich die Grünen für ein nachbarschaftliches Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU ein. Der bilaterale Weg kommt sowohl den Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz wie denjenigen in der EU zugute. Wir wollen, dass die Zusammenarbeit gestärkt wird, insbesondere bei Bildung, Forschung und Umweltschutz. Aber es ist auch klar: Eine gute Nachbarschaft braucht verlässliche Spielregeln. Ein Rahmenabkommen mit der EU ist für die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zwingend. Die Öffnung gegenüber Europa ist in einer Volksabstimmung aber nur mehrheitsfähig, wenn die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit nicht geschwächt werden. Um von der EU einen besseren Schutz gegen Lohndumping zu erhalten, soll die Schweiz bei der Steueramtshilfe und den Massnahmen gegen Steuerdumping endlich vorwärts machen.</p>	<p>Die Steuerung und Kontrolle der Zuwanderung ist von grosser Wichtigkeit. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit hat die Schweiz netto über 1,1 Millionen Zuwanderer aufgenommen. Der Druck auf die Löhne und Arbeitsplätze ist spürbar, speziell für die über 50-Jährigen. Deshalb will die SVP mit ihrer Begrenzungsinitiative das Recht auf freie Zuwanderung beschränken. Die gegenseitigen guten Handelsbeziehungen mit der EU sind beizubehalten.</p>	<p>Die grossartige Erungenschaft der Personenfreizügigkeit – europaweit arbeiten und sich niederlassen zu können – muss unbedingt erhalten bleiben. Die europäische Integration ist das Fundament von Frieden und Wohlstand in Europa und die Schweiz Teil davon. Es kann aber nicht darum gehen, dass Firmen möglichst viel Personal im Ausland rekrutieren. Vielmehr muss der Fachkräftemangel durch massive Investitionen in der Bildung bekämpft werden. Der Pool von geeigneten ArbeitnehmerInnen wird auch vergrössert, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigt, sowie Frau und Mann endlich gleiche Löhne erhalten. Die Arbeitsmarktintegration soll mit zusätzlichen Massnahmen für die nachholende Bildung von Migranten und Migrantinnen erhöht werden sowie durch zusätzlichen Schutz der über 50-Jährigen. All dies wirkt der Neigung der Wirtschaft entgegen, Arbeitskräfte alleine im Ausland zu suchen.</p>

Die Zersiedelung verändert das Landschaftsbild der Schweiz. Soll der Landschaftsschutz verstärkt werden, beispielsweise durch strengere Regeln zum Bauen ausserhalb bestehender Bauzonen?

<p>NEIN Die Zersiedelung wird bereits bekämpft: 2013 hat das Volk dem revidierten Raumplanungsgesetz zugestimmt. Dieses wird nun von Kantonen und Gemeinden umgesetzt.</p>	<p>NEIN Es ist richtig, die vorhandene Siedlungsfläche besser zu nutzen und Bauzonen massvoll festzulegen. Das Raumplanungsgesetz bekämpft die Zersiedelung wirksam und lenkt die Siedlungsentwicklung nach innen.</p>	<p>JA Die ständigen Erweiterungen von Ausnahmen beim Bauen ausserhalb der Bauzonen sind zu stoppen.</p>	<p>JA Die GLP unterstützt eine entsprechende Reform.</p>	<p>JA Durch die Bautätigkeit ausserhalb der Bauzonen gehen wertvolles Kulturland und naturnahe Lebensräume für die Biodiversität verloren.</p>	<p>NEIN Strengere Regeln hat das Stimmvolk mit dem Nein zur Zersiedelungsinitiative Anfang Jahr klar abgelehnt. Für einen besseren Landschaftsschutz sollte die masslose Zuwanderung eingedämmt werden.</p>	<p>JA Der Gebäudebestand ausserhalb der Bauzonen darf nicht weiter steigen. Neubauten sollen nur erlaubt werden, wenn sie für die Landwirtschaft notwendig sind. Umnutzungs-möglichkeiten sind einzuschränken.</p>
---	---	--	---	---	--	---

Einst ausgerottete Tierarten werden in der Schweiz wieder heimisch, doch die Gegenwart von Wolf, Luchs und Bär führt zu Spannungen. Sollen die Schutzbestimmungen für diese Grossraubtiere gelockert werden?

JA	Wenn die Population nicht den örtlichen Möglichkeiten entspricht, soll der Schutz fallweise gelockert werden.
Weder JA noch NEIN	Die CVP unterstützt die Lockerung des Schutzes bei Wölfen und Bibern, lehnt aber eine Lockerung beim Luchs ab.
JA	Eine gezielte Anpassung der Schutzbestimmungen zur Regulierung des Wolfsbestandes unterstützt die FDP mehrheitlich. Eine generelle Lockerung der Schutzbestimmungen lehnen wir ab.
NEIN	Der Bund soll in Präventionsmassnahmen wie den Herdenschutz investieren, die ein besseres Zusammenleben von Wild- und Nutztieren ermöglichen.
NEIN	Für bestimmte Grossraubtiere ist die dicht besiedelte Schweiz ungeeignet.
NEIN	Die SP lehnt eine Schwächung des Schutzes von Luchs, Biber, Wolf etc. ab. Wir nehmen nicht hin, dass Wildtiere und Vögel vorsorglich dezimiert werden können – ohne Schäden angerichtet zu haben.

Wie soll sichergestellt werden, dass Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ihre politischen Rechte – insbesondere das Recht zu wählen und abzustimmen – überhaupt wahrnehmen können?

Nötig ist die elektronische Stimmabgabe – insbesondere für die Auslandschweizerinnen und -schweizer. Damit die Resultate nicht verfälscht werden können, muss die Sicherheit des E-Voting allerdings gewährleistet werden.	Die CVP hat bereits per Motion von Ständerat Filippo Lombardi gefordert, dass die Kantone dazu verpflichtet werden, allen berechtigten Auslandschweizerinnen und -schweizern im Rahmen einer föderalistischen Lösung die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) anzubieten.	Wichtig ist einerseits ein frühzeitiger Versand des Abstimmungs- und Wahlmaterials. Andererseits unterstützt die GLP E-Voting-Lösungen für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Eine generelle Überführung der elektronischen Stimmabgabe in den ordentlichen Betrieb lehnen wir wegen Sicherheitsbedenken zum heutigen Zeitpunkt hingegen ab.	Die Fünftschweiz zählt eine Dreiviertelmillion Menschen. Sie sind wichtige Botschafter der demokratischen Kultur der Schweiz und sollen ihre politischen Rechte aktiv wahrnehmen können. Weil die Unterlagen in vielen Ländern zu spät oder gar nicht zugestellt werden, können viele nicht an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen. Das ist für die Grünen inakzeptabel. Weil derzeit kein fälschungssicheres E-Voting-System verfügbar ist, soll als Zwischenform ein elektronischer Versand geprüft werden. Er ermöglicht eine punktliche Zustellung der Unterlagen über das Internet.	Die SP fordert seit Langem die rasche Einführung eines sicheren E-Voting-Systems zumindest für Auslandschweizerinnen und -schweizer. Umso bedauerlicher sind Rückschläge. Weil E-Voting so rasch nicht in allen Kantonen realisiert werden dürfte, sind Optimierungen des heutigen Systems zu prüfen: zentraler Versand durch die Staatskanzlei oder den Kantonshauptort – wie heute im Kanton Zürich durch die Stadt Zürich – statt durch jede einzelne Gemeinde; Verschiedene Wege sowie die Möglichkeit, die Stimme persönlich oder brieflich in einem Konsulat abzugeben.
Die CVP hat bereits per Motion von Ständerat Filippo Lombardi gefordert, dass die Kantone dazu verpflichtet werden, allen berechtigten Auslandschweizerinnen und -schweizern im Rahmen einer föderalistischen Lösung die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) anzubieten.	Die CVP hat bereits per Motion von Ständerat Filippo Lombardi gefordert, dass die Kantone dazu verpflichtet werden, allen berechtigten Auslandschweizerinnen und -schweizern im Rahmen einer föderalistischen Lösung die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe (E-Voting) anzubieten.	Wichtig ist einerseits ein frühzeitiger Versand des Abstimmungs- und Wahlmaterials. Andererseits unterstützt die GLP E-Voting-Lösungen für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Eine generelle Überführung der elektronischen Stimmabgabe in den ordentlichen Betrieb lehnen wir wegen Sicherheitsbedenken zum heutigen Zeitpunkt hingegen ab.	Die Fünftschweiz zählt eine Dreiviertelmillion Menschen. Sie sind wichtige Botschafter der demokratischen Kultur der Schweiz und sollen ihre politischen Rechte aktiv wahrnehmen können. Weil die Unterlagen in vielen Ländern zu spät oder gar nicht zugestellt werden, können viele nicht an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen. Das ist für die Grünen inakzeptabel. Weil derzeit kein fälschungssicheres E-Voting-System verfügbar ist, soll als Zwischenform ein elektronischer Versand geprüft werden. Er ermöglicht eine punktliche Zustellung der Unterlagen über das Internet.	Die SP fordert seit Langem die rasche Einführung eines sicheren E-Voting-Systems zumindest für Auslandschweizerinnen und -schweizer. Umso bedauerlicher sind Rückschläge. Weil E-Voting so rasch nicht in allen Kantonen realisiert werden dürfte, sind Optimierungen des heutigen Systems zu prüfen: zentraler Versand durch die Staatskanzlei oder den Kantonshauptort – wie heute im Kanton Zürich durch die Stadt Zürich – statt durch jede einzelne Gemeinde; Verschiedene Wege sowie die Möglichkeit, die Stimme persönlich oder brieflich in einem Konsulat abzugeben.

Im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer haben kaum Chancen, ins Parlament gewählt zu werden. Ein separater, eigener Wahlkreis würde die Wahlchancen erheblich verbessern. Ist ein separater Wahlkreis zu begrüssen?

NEIN	Wir erachten die Wahlchancen von Auslandschweizerinnen und -schweizern heute nicht als geringer als diejenigen von im Inland lebenden Schweizerinnen und Schweizern.
NEIN	Auslandschweizerinnen und -schweizer sind ihren Landsleuten punkto Vertretung im Nationalrat rechtlich gleichgestellt. Zu beseitigen sind die Hürden zur Ausübung des Wahlrechts (Förderung E-Voting).
NEIN	«Quoten» oder Wahlkreise für einzelne Gruppen widersprechen dem staatspolitischen Aufbau der Schweiz und den Grundsätzen ihrer Demokratie.
Weder JA noch NEIN	Die GLP hat zu dieser Frage bislang keine Position.
NEIN	Es braucht eine politische Vertretung der Fünftschweiz, damit ihren besonderen Interessen und Lebensbedingungen Rechnung getragen wird.
NEIN	In der föderalistischen Struktur der Schweiz ist die Rolle der Kantone von grosser Wichtigkeit. Deshalb sind diese auch als Wahlkreise bei den Nationalratswahlen beizubehalten.
JA	Dies fordert die SP seit Langem. Die Beispiele Italien, Frankreich, Portugal und anderer Länder zeigen, dass sich dies ohne Weiteres verwirklichen lässt.

Zusätzliche Fragen und Antworten unter: www.revue.ch

Die Schweiz steht mitten im Rennen um eine universelle Blockchain

Eine Blockchain ist ein Verschlüsselungssystem, das ungeahnte Möglichkeiten zum Austausch im Internet eröffnet. Die Schweiz zeigt sich offen für diese Technologie und im Land herrscht ein reger Wettbewerb zwischen verschiedenen Blockchains und Kryptowährungen.

STEPHANE HERZOG

Das Internet hat bereits mehrere Revolutionen erlebt. Eine davon war die Erfindung des TCP/IP-Protokolls: Es bildete letztlich die Voraussetzung für die Entwicklung des World Wide Web im Jahr 1989. Nun läuten Blockchains eine neue Ära ein. «Man kann sie mit der Erfindung der Mathematik nach der Erfindung der Schrift vergleichen», sagt Shaban Shaame. Der 38-jährige CEO des Genfer Start-ups Everdream-Soft hat eine eigene Blockchain geschaffen und in die Entwicklung von Videospielen integriert.

Eine Blockchain ist ein Register, das auf mehreren Rechnern gespeichert wird. Jede Änderung an diesem «Genom» muss von allen Teilnehmenden validiert werden. Die Technologie gilt daher als praktisch fälschungssicher. Internetnutzer können damit ohne Umweg über Dritte Informationen, Waren und Dienstleistungen austauschen. Verträge lassen sich mithilfe von «Tokens» in der Blockchain speichern und Geschäfte werden in digitalen Währungen bezahlt. «Dieses System macht Dienste wie Uber im Grunde überflüssig», sagt Vincent Pignon. Denn: Die Blockchain stellt eine direkte Verbindung zwischen Kunde und Fahrer her, ohne dass eine kostenpflichtige App notwendig ist. Pignon, ein Spezialist für Technologie und Finanzen, hat Wecan gegründet, ein Genfer Blockchain-Start-up.

In Wirklichkeit gibt es weltweit nicht eine Blockchain, sondern Tausende. Ihre Eigentümer, etwa die Stiftung Ethereum, liefern sich ein Rennen um die Technologieführerschaft:

Ihr Protokoll soll das am weitesten verbreitete werden. Dabei zeigt sich, dass in der Schweiz die auf diesem Gebiet tätigen Unternehmen florieren. 2018 erklärte der damals für Wirtschaft verantwortliche Bundesrat Johann Schneider-Ammann, er wolle aus der Schweiz eine «Blockchain-Nation» machen. Anders als die USA, die äusserst strenge Vorschriften erlassen haben, verabschiedete die Schweiz keinerlei einschränkenden Gesetze.

Im Kanton Zug können die Bürger mit Bitcoin zahlen

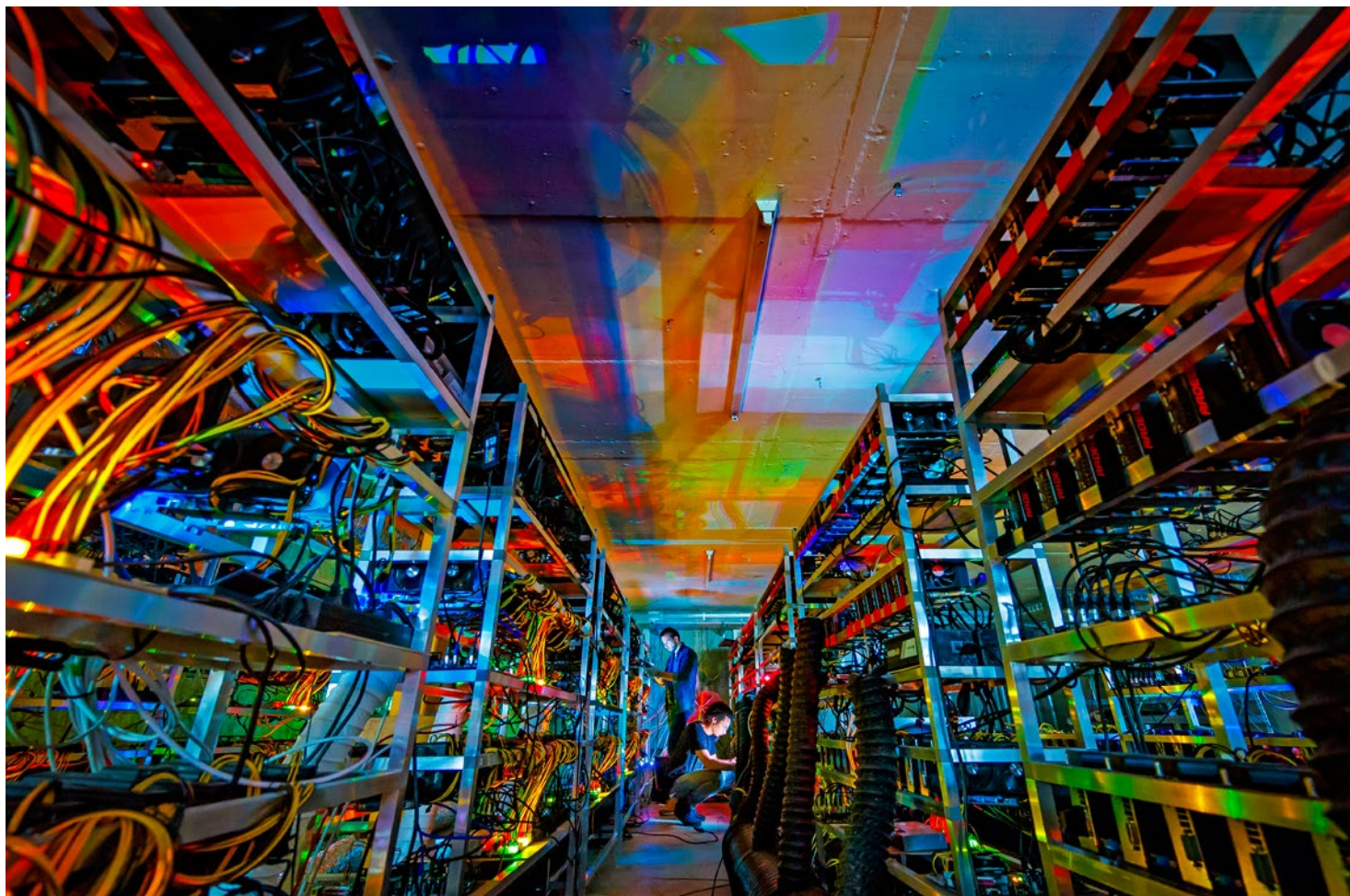
Mehrere Verwaltungen haben gute Rahmenbedingungen für die Blockchain-Technologie geschaffen. In der Stadt Zug zum Beispiel können die Bürger für Verwaltungsformalitäten mit der gängigsten Kryptowährung Bitcoin zahlen. 2014 fand in Zug mit der Lancierung von Ethereum und seiner digitalen Währung Ether die erste Kapitalbeschaffung für eine Blockchain statt. Im Klartext heisst das: Die Aktionäre investierten herkömmliches Geld in das Projekt und erhielten im Gegenzug Ether-Coins. In Genf hat das Departement für Wirtschaftsförderung einen Leitfaden zur Emission von Kryptowährungen und zu ihrer Besteuerung veröffentlicht. Facebook erkor die Stadt zum Sitz ihrer künftigen, bereits jetzt umstrittenen Kryptowährung Libra. «Facebook war der Auffassung, dass die anderen Blockchains und ihre Währungen nicht schnell genug waren. Das Unternehmen will ein optimales Zahlungs- und Geldtransfersystem für

seine 2,3 Milliarden Benutzer schaffen», erklärt Vincent Pignon.

Blockchain gibt Benutzern auf der ganzen Welt mehr Kontrolle

Shaban Shaame begrüsst den Vorstoss, den Facebook mit Libra wagt. Seine positive Einschätzung begründet er damit, dass Facebook die Verwaltung des Projekts einer Organisation anvertrauen will, an der mehrere Akteure – etwa PayPal und Visa – beteiligt sind. Zudem wird der Wert von Libra an einen Korb aus mehreren starken Währungen gebunden sein. Kern des Projekts Blockchain ist eben diese Dezentralisierung. Sein Ursprung ist Bitcoin, ein Protokoll, das 2008 von Cyberpunks als Reaktion auf die Finanzkrise geschaffen wurde. Sie wollten die Kontrolle über das aus dem Ruder gelaufene Finanzsystem wieder in die eigene Hand nehmen.

Die Verbreitung der Blockchain-Technologie wird nach Einschätzung von Shaban Shaame eine enorme Wirkung haben. Blockchain kann einfachen Benutzern auf der ganzen Welt mehr Macht geben. Sie sind nicht mehr auf Banken, Notare und Verwaltungen angewiesen, um sich aktiv am Austausch und an der Wertschöpfung zu beteiligen. Solche Verbindungen spielen sich nun in einem neuen rechtlichen und sozialen Raum ab. «Jede Blockchain bietet den Teilnehmenden ein politisches System, das sich beispielsweise durch soziale Regeln wie eine Steuer zur Finanzierung der Altersvorsorge auszeichnet», kann sich Shaame vorstellen. Gemeinsame Pro-



jekte werden über Grenzen hinweg verwirklicht. Jeder kann sich daran mit Arbeit, Geld oder einfach durch Förderung der Arbeiten beteiligen.

Mit einem Klick auf Zertifikate zugreifen

Die Blockchain bietet Zugriff auf verlässliche, aktuelle Informationen. In Genf können Benutzer über Ethereum bereits per Mausklick auf das Handelsregister zugreifen. Ein weiteres Beispiel ist der Rohstoffhandel, an dem eine Menge Geschäftspartner und physische Dokumente beteiligt sind. Dieser Handel wird durch die Blockchain vereinfacht. Auch die Einsicht in zivile oder geschäftliche Schriftstücke oder Lebensläufe kann via Blockchain erfolgen. Ein Smartphone reicht dazu aus. Eine Lösung hierfür hat Wecan gemeinsam mit dem Kanton Wallis und einer Schweizer Versicherung entwickelt. Mit Mountain Pro können Kunden sofort Auskünfte darüber einholen, ob ein Bergführer

über die notwendigen Genehmigungen zur Ausübung seines Berufs verfügt. Überprüft werden die Informationen direkt an der Quelle, etwa bei einer Versicherung. Blockchain garantiert ferner den Bestand virtueller Objekte. So bietet EverdreamSoft seinen Kunden den Kauf von digitalen Figuren aus Videospiele an. Ein «Token» beschreibt das Objekt genau und bietet einen Eigentumsnachweis in Form eines Codes. «In der neuen Wirtschaft fungiert die Blockchain als Notar», erklärt Shaban Shaame. Allerdings benötigt Bitcoin allein eine enorme Menge an Energie, um überhaupt zu funktionieren. Einige Fachleute halten dagegen, dabei bleibe unberücksichtigt, welche Einsparungen Blockchains weltweit ermöglichen.

Die Kryptowährung ist der Motor der Blockchain

Treiber der Entwicklung sind vorab die Kryptowährungen. So bietet das 2013 in Zug gegründete Unternehmen

Die alte Goldmine von Gondo (VS) ist zum Ort geworden, wo Kryptowährungen geschürft werden. Der Ort zeigt: Die Blockchain-Technologie ist eine energieaufwendige Angelegenheit.

Foto Keystone

Bitcoin Suisse seinen Kunden den Kauf, den Austausch und die Speicherung von Kryptowährungen an. Insgesamt verwaltet es 125 verschiedene Währungen und gilt als Pionier im Zuger Crypto Valley. Zwischen Anfang 2018 und Juli 2019 hat sich die Zahl seiner Beschäftigten vervierfacht. Nach Angaben des Marketingleiters Marc Baumann lag der Umsatz der Gesellschaft 2018 bei 43,7 Millionen Franken. Auch die Stadt Zug nutzt für ihre Transaktionen in Kryptowährungen eine von Bitcoin Suisse entwickelte digitale Plattform. Doch derzeit ist die Verwendung von Kryptowährungen noch immer komplex, was sowohl in der rechtlichen Kontrolle als auch in der Technologie begründet liegt. Plattformen wie Bitcoin Suisse bieten ihren Kunden daher lediglich die Verwaltung ihrer Transaktionen an, ähnlich wie Facebook es in Zukunft tun will.

Die Fünfte Schweiz stellt klare politische Forderungen

Das «Parlament der Fünften Schweiz», der Auslandschweizererrat, fordert vom Bundesrat mehr Leadership im Dossier E-Voting. Und es unterstreicht die Bedeutung des Rahmenvertrags für die 458 000 in der EU lebenden Schweizerinnen und Schweizer.

Der Fünften Schweiz steht an den Eidgenössischen Wahlen 2019 kein E-Voting zur Verfügung. Dies ist aus Sicht des Auslandschweizererrats (ASR) ein grosser Rückschlag. An seiner Sitzung während dem Auslandschweizerkongress in Montreux forderte der ASR deshalb vom Bundesrat mehr Leadership im Dossier E-Voting. Mit seiner in Montreux erarbeiteten Resolution verlangt der ASR konkret, der Bundesrat müsse für ein vertrauenswürdigen, finanzierbares System für die elektronische Stimmabgabe sorgen. Und dieses System müsse spätestens an den Eidgenössischen Wahlen 2023 für alle Wählerinnen und Wähler der Fünften Schweiz verfügbar sein. Aussenminister Ignazio Cassis versprach in Montreux einzig, was der Bundesrat bereits im Juni angekündigt hatte: Bis Ende 2020 werde ein Konzept für die Neuausrichtung des E-Voting-Versuchsbetriebs vorliegen.

Der E-Voting-Rückschlag behindert auch Reformen des ASR: Sein Ziel, die Direktwahl seiner Mitglieder einzuführen, ist ohne elektronischen Stimmkanal kaum umsetzbar. Die Reform wurde in Montreux deshalb aufgeschoben. ASO-Präsident Remo Gysin dazu: «Wir verschieben etwas, das wir gerne geregelt hätten.»

Reizbegriff Rahmenvertrag

Nicht nur beim Stichwort E-Voting steigt im ASR jeweils der Puls. Nervosität herrscht auch im Hinblick auf den Rahmenvertrag der Schweiz mit der Europäischen Union (EU). Der ASR bewertet die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU als «besorgniserregend». Er fordert vom Bundesrat, bei den weiteren Klärungen zum Rahmenvertrag die Anliegen der 458 000 in der EU lebenden Schweizerinnen und Schweizer zu berücksichtigen. Die inhaltliche Position des ASR ist dabei unverändert: Er spricht sich für die Personenfreizügigkeit und für deren Regelung aus.



Politische Signale aus Montreux: Der Auslandschweizererrat fordert den Bundesrat mit zwei Resolutionen zum Handeln auf.

Foto Adrian Moser

Weitere politische Forderungen enthält schliesslich das vom ASR verabschiedete Wahlmanifest. Nebst der Kernforderung, der Fünften Schweiz die Ausübung der politischen Rechte zu erleichtern statt zu erschweren, wird unter anderem auch deren Diskriminierung durch die Schweizer Banken in Erinnerung gerufen. Apropos Wahlen 2019: Montreux war auch der Ort, wo politische Parteien um die Stimmen der Fünften Schweiz warben. Kontrovers diskutiert wurden dabei deren Leistung in der letzten Legislatur: Gemäss einer Analyse von Swissinfo wurden die Anliegen der Fünften Schweiz von der SP am besten und von der SVP am schlechtesten unterstützt.

«Welche Welt für morgen?»: So lautete das Leitthema des Auslandschweizerkongresses 2019. Die Expertenreferate dazu leitete Remo Gysin mit der Feststellung ein: «Es gibt auf der Welt Verfalldaten, points of no return.» Sein Fazit: «Wir stehen in der unabdingbaren Pflicht zu handeln.» (MUL)

Wahlmanifest: ogy.de/aso-wahlmanifest. Swissinfo-Analyse: ogy.de/swissinfo-ranking
Kandidaten der Fünften Schweiz: www.revue.ch

Auslandschweizer-Organisation (ASO)

Alpenstrasse 26
CH-3006 Bern
Tel. +41 31 356 61 00
Fax +41 31 356 61 01
info@aso.ch
www.aso.ch
www.revue.ch
www.swisscommunity.org



Unsere Partner:

educationsuisse
Tel. +41 31 356 61 04
Fax +41 31 356 61 01
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Tel. +41 31 356 61 16
Fax +41 31 356 61 01
info@sjas
www.sjas.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero
Fundazioni per i giovani svizzeri a l'estero

Per Ski und Snowboard ins neue Jahr

Für Kinder im Alter von acht bis vierzehn Jahren hats noch freie Plätze im SJAS-Neujahrsskilager in Valbella in den Bündner Bergen.

Datum: Donnerstag, 26. Dezember 2019, bis Samstag, 4. Januar 2020

Anzahl Teilnehmende: 42

Kosten: CHF 900.– Lagerbeitrag

Ski- oder Snowboardmiete: zirka CHF 150.–

Anmeldeschluss: 30. September 2019

Anmeldung

Das Winterlager für Kinder von acht bis vierzehn Jahren in Valbella (GR) ist das einzige Angebot der Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS) in der Wintersaison 2019/20, für das noch Anmeldungen möglich sind. Genauere Angaben und das Anmeldeformular sind unter www.sjas.ch/de zu finden. In begründeten Fällen können Beitragsreduktionen gewährt werden. Auf Anfrage stellen wir Ihnen unsere Informationsbroschüre gerne auch per Post zu.

Finanzielle Unterstützung für Schweizer-Familien im Ausland

Die Stiftung für junge Auslandschweizer möchte allen Auslandschweizer-Kindern ermöglichen, mindestens einmal die Schweiz besuchen und erleben zu können. Und dies unabhängig von der finanziellen Situation der Familie. Um dies zu ermöglichen,

sammelt SJAS Jahr für Jahr Gelder, die Auslandschweizer-Kindern zugutekommen. Die SJAS ermuntert Familien, die nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, sich zu melden und unser Antragsformular auszufüllen. So kann auch ihrem Kind ein Aufenthalt in der Schweiz ermöglicht werden. Näheres über die Möglichkeiten und Voraussetzungen für Beitragsreduktionen erfahren Familien

direkt bei der Geschäftsstelle der SJAS. Die SJAS freut sich auf neugierige Kinder, die ihre Wurzeln in der Schweiz hautnah kennenlernen und erleben möchten! (LR)

Auskünfte und Information:

Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS),
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz,
Telefon +41 31 356 61 16, Fax +41 31 356 61 01;
E-Mail: info@sjas.ch, www.sjas.ch

Herzlichen Dank

Zahlreiche Leserinnen und Leser haben in den letzten zwölf Monaten die gedruckte Ausgabe der «Schweizer Revue» mit einem freiwilligen Abonnementsbeitrag unterstützt. Für diesen Support dankt die Redaktion herzlich! Der so zum Ausdruck gebrachte Rückhalt bestärkt die Redaktion in ihrer Absicht, die «Revue» auf lange Sicht auch auf Papier anzubieten – und das in der gewohnten Qualität. Konkret war es uns dank der Unterstützung möglich, journalistisch aufwendige Themen in der nötigen Tiefe abzuhandeln, so etwa die Wirren ums E-Voting und die Recherchen im Hinblick auf den Schweizer Wahlherbst 2019. Die Zuwendungen ermutigen uns, für eine «Revue» einzustehen, die ein lesbares und für jene, die die Papierversion bevorzugen, auch greifbares Bindeglied zur alten Heimat bleibt.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

IMPRESSUM:
«Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 45. Jahrgang in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 418 000 Exemplaren (davon Online-Versand: 223 000).

Regionalnachrichten erscheinen vierteljährlich im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.
REDAKTION: Marc Lettau, Chefredaktor (MUL); Stéphane Herzog (SH); Theodora Peter (TP); Susanne Wenger (SWE);

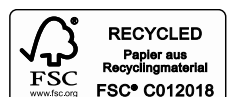
Simone Flubacher (SF), Auslandschweizerbeziehungen EDA, 3003 Bern, verantwortlich für «news.admin.ch».
REDAKTIONSASSISTENZ: Sandra Krebs
ÜBERSETZUNG: SwissGlobal Language Services AG; GESTALTUNG: Joseph Haas
POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
Tel. +41 31 356 61 10,
Fax +41 31 356 61 01, PC 30-6768-9.
E-Mail: revue@aso.ch
DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen.
Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer erhalten das Magazin gratis.

Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt.
www.revue.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe:
2. August 2019

ADRESSÄNDERUNG: Bitte teilen Sie Ihre neue Adresse Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit.



In die Schweiz für eine Berufslehre oder ein Studium

Vom exzellenten und vielfältigen Ausbildungsangebot der Schweiz können auch Auslandschweizerinnen und -schweizer profitieren.

Berufslehre

In der Schweiz können Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit unter über 250 Berufslehren auswählen oder eine weiterführende Schule (Gymnasium, Fachmittelschule) besuchen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Weichen damit unabdingbar gestellt sind. Auch mit einer gymnasialen Maturität kann später eine Berufslehre gemacht werden. Und nach einer Lehre mit Berufsmatur steht der Weg an eine universitäre Fachhochschule offen.

Wie wählt man die richtige Berufsausbildung? Die offizielle Webseite www.berufsberatung.ch bietet zahlreiche Informationen und Berufsbilder. Eine persönliche Berufsberatung für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gibt es vor Ort im Berufs- und Informationszentrum (BIZ) in Bern oder via Skype (Anmeldung über [educationsuisse](http://educationsuisse.ch)).

Ob eine Ausbildung zur Winzerin oder ein Ingenieursstudium: Die Qualität und der Praxisbezug von Ausbildungen in der Schweiz gelten als sehr gut. Foto Keystone



Studium an einer Hochschule

Die zehn öffentlichen Universitäten bieten Studien in Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften sowie Geistes- und Sozialwissenschaften an. Die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETHZ und EPFL) konzentrieren sich auf Ingenieurwissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften. Nach insgesamt drei Jahren kann das Studium mit dem Bachelor abgeschlossen werden. Der darauffolgende Master-Studiengang dauert eineinhalb bis zwei Jahre. Für die Zulassung benötigen die Studierenden ein eidgenössisch anerkanntes Maturitätszeugnis oder einen gleichwertigen ausländischen Ausweis. Für das Studium der Medizin gelten besondere Bestimmungen.



Die Fachhochschulen mit ihren rund 60 Instituten (inkl. Kunst und Musik) bieten ein praxisbezogenes Studium mit Bachelor und Master in zahlreichen Studienrichtungen an. Normalerweise erfolgt der Zugang über einen Lehrabschluss mit Berufsmaturität. Aber auch mit einer gymnasialen Maturität und zusätzlich einem Jahr Praktikum im Gebiet des zukünftigen Studiums ist eine Zulassung möglich.

Die Pädagogischen Hochschulen bilden junge Menschen zu qualifizierten Lehrpersonen auf den verschiedenen Schulstufen aus. Die Zulassungsbedingungen sind je nach Lehrgang unterschiedlich.

Alle Hochschulen organisieren Infotage, die meist im Herbst oder Winter stattfinden. Die Zulassungsbedingungen für Studierende mit einem ausländischen Abschluss sind auf www.swissuniversities.ch abrufbar.

Info und Kontakt

Die Mitarbeiterinnen von [educationsuisse](http://educationsuisse.ch) sprechen Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Englisch. Sie helfen, die richtigen Antworten zu finden, und bieten Unterstützung bei spezifischen Abklärungen. Auf der Webseite www.educationsuisse.ch wird das Ausbildungssystem der Schweiz in einer übersichtlichen Grafik dargestellt und beschrieben. Für weitere Informationen und Fragen: info@educationsuisse.ch oder telefonisch an +41 31 356 61 04. (RG)

[educationsuisse](http://educationsuisse.ch), Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz,
info@educationsuisse.ch, www.educationsuisse.ch.



Lust auf Lagerleben im Schnee?

Junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer können zwei Wochen lang die Freuden des Schneesports entdecken und Freundschaft mit Gleichaltrigen aus aller Welt schliessen. Neben Skifahren und Snowboarden erwartet die Teilnehmenden im einladenden Rahmen des Chalets und seiner Umgebung ein vielfältiges Programm. Dabei bleibt ihnen ausreichend Zeit, um die Schweizer Berge zu erkunden. Eine intensive Erfahrung voller gemeinsamer Erlebnisse und Entdeckungen!

Neujahres-Skilager in Les Diablerets (VD) vom 27.12.2019 bis 4.1.2020

Ein vielfältiges Programm im Herzen der Waadtländer Alpen erwartet die Teilnehmenden! Neben den Ski- und Snowboardkursen in Kleingruppen bleibt Zeit für ein abwechslungsreiches Begleitprogramm und neue Freundschaften. Um die Gäste kümmert sich ein motiviertes Team aus ausgebildeten Betreuerinnen und Betreuer. Dieses Angebot richtet sich an Jugendliche von 15 bis 18 Jahren.

www.lesbosquets.ch und www.villars-diablerets.ch

Kontakt Jugenddienst: Jugenddienst der ASO, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Telefon: +41 31 356 61 00, E-Mail: youth@aso.ch

Wintersportlager in Anzère (VS) vom 27.12.2019 bis 4.1.2020

In diesem Winter bieten wir auch ein Wintersportlager in den Walliser Alpen für junge Erwachsene ab 18 Jahren an. Das Ski- und Snowboardlager findet in Anzère statt.

Ein kleiner Vorgeschmack auf das Skigebiet finden Sie unter www.anzere.ch.

Anmeldung

Das Anmeldeformular für die Winterlager ist online. Weitere Informationen über die Angebote und die Anmeldeformulare finden Sie unter www.aso.ch und www.swisscommunity.org.

Umfrage des Jugenddienstes

Im vergangenen Frühjahr führte der Jugenddienst der ASO eine Umfrage durch, um sein Angebot optimal auf die Erwartungen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer abzustimmen. Die Ergebnisse der Umfrage werden am 28. September 2019 unter www.aso.ch veröffentlicht. (MB)

Wer oder was ist YPSA?

YPSA? Die vier Buchstaben stehen fürs Youth Parliament of Swiss Abroad. Dabei handelt es sich nicht um ein typisches politisches Parlament. Vielmehr ist YPSA eine Plattform für jugendliche Auslandschweizerinnen und -schweizer.

In einem auf www.revue.ch zugänglichen Beitrag gewährt YPSA-Präsident Roberto Landolina Einblick in die Ziele und Aktivitäten von YPSA. Insbesondere zeigt er auf, welches die Höhepunkte des YPSA-Anlasses vom Mai in Italien waren. Landolinas Fazit verdeutlicht, was Jugendliche von YPSA-Events erwarten dürfen: «Es war wunderbar zu sehen, wie Menschen zusammenarbeiteten und Ideen entwickelten, obwohl sie sich nicht kannten. Wir hoffen, sie konnten dabei ihre Teamfähigkeit weiterentwickeln und Neues lernen.» (MUL)

Rückblick unter www.revue.ch
YPSA-Homepage www.ypsa.ch

Hinweise

Melden Sie Ihrer schweizerischen Vertretung Ihre E-Mail-Adresse(n) und Mobiltelefon-Nummer(n) und/oder deren Änderungen und registrieren Sie sich im Online-Schalter (Link auf der Webseite des EDA www.eda.admin.ch oder via www.swissabroad.ch), um die gewünschte Zustellung der «Schweizer Revue» und weiterer Publikationen zu wählen. Bei Problemen mit der Anmeldung kontaktieren Sie bitte Ihre Vertretung. Die aktuelle Ausgabe der «Schweizer Revue» sowie die früheren Nummern können Sie jederzeit über www.revue.ch lesen und/oder ausdrucken. Die «Schweizer Revue» (bzw. die «Gazzetta Svizzera» in Italien) wird kostenlos elektronisch (via E-Mail) oder als Druckausgabe allen Auslandschweizer-Haushalten zugestellt und als iOS-/Android-App zur Verfügung gestellt.

Im Moment kein E-Voting: Versuchsbetrieb wird neu ausgerichtet

Die elektronische Stimmabgabe war bisher vor allem bei Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern beliebt. Nun sind sie direkt davon betroffen, dass das E-Voting in der Schweiz momentan nicht zur Verfügung steht.

Bis Anfang dieses Jahres wurde E-Voting in zehn Kantonen mit den Systemen der Schweizerischen Post und des Kantons Genf angeboten. Heute sind beide E-Voting-Systeme ausser Betrieb. Warum?

Der Kanton Genf kündigte bereits 2018 an, auf die Weiterentwicklung seines E-Voting-Systems zu verzichten. Im Juni 2019 teilte er schliesslich mit, dass das System ab sofort nicht mehr zur Verfügung steht.

Die Post wollte ihr neues, vollständig verifizierbares E-Voting-System 2019 erstmals einsetzen. Im Februar 2019 hat sie den Quellcode offengelegt und das System einem öffentlichen Intrusionstest unterzogen. Der Test ist erfolgreich verlaufen. Jedoch haben Forschende im Quellcode gravierende Mängel entdeckt, die das bisherige wie auch das neue System betrafen. In der Folge hat die Post entschieden, ihr bisheriges System nicht mehr anzubieten und sich auf Verbesserungsmaßnahmen für das neue System zu konzentrieren. Die Post sieht vor, den Kantonen das System ab 2020 für den Versuchsbetrieb zur Verfügung zu stellen.

Die Bundeskanzlei hat bei Bekanntwerden der Mängel im Post-System im März 2019 eine Standortbestimmung angekündigt. Die Mängel offenbarten auch Schwachstellen in den Zertifizierungs- und Zulassungsprozessen, welche analysiert werden müssen. Der Bundeskanzlei liegen aber keine Hinweise vor, dass die festgestellten Mängel bei bisherigen Abstimmungen zur Verfälschung von Stimmen geführt hätten.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen steht in der Schweiz zurzeit kein E-Voting-System zur Verfügung.

E-Voting wird vorerst kein ordentlicher Stimmkanal

Der Bundesrat initiierte 2017 Arbeiten, um E-Voting – nebst dem Stimmen an der Urne und dem brieflichen Abstimmen – als dritten Stimmkanal zu etablieren. Die dafür nötige Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte sah Vereinfachungen im Zulassungsverfahren vor und hätte gleichzeitig die wichtigsten Anforderungen auf Gesetzesstufe geregelt, namentlich die Verifizierbarkeit

der Stimmabgabe und der Ergebnisermittlung, die Transparenz der Systeme und die Barrierefreiheit.

Doch so weit kommt es nun nicht. Die Vernehmlassung hat gezeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Kantone und der Parteien die Einführung von E-Voting grundsätzlich begrüssen. Die Konferenz der Kantonsregierungen sowie 19 Kantone befürworten die Überführung in den ordentlichen Betrieb. Diese Überführung erachten aber insbesondere die meisten Parteien als verfrüht. Der Bundesrat hat sich deshalb im Juni dafür ausgesprochen, E-Voting im Versuchsbetrieb zu belassen und diesen bis Ende 2020 zusammen mit den Kantonen neu auszurichten.

E-Voting wird weiterhin als wichtige Dienstleistung für die Stimmberechtigten erachtet. Ziel ist der Aufbau eines stabilen Betriebs mit Systemen der neusten Generation. Dazu gehören ein Ausbau der unabhängigen Kontrollen, die Stärkung von Transparenz und Vertrauen sowie der vermehrte Einbezug der Wissenschaft. Zu diesem Zweck werden derzeit die Anforderungen und Prozesse überprüft und neu festgelegt.

(EDA)



Konsularische Dienstleistungen
überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten


 Guichet en ligne DFAE
 Online-Schalter EDA
 Sportello online DFAE
 Online desk FDFA

www.eda.admin.ch Kenia (2019)

HELPLINE EDA

☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
 E-Mail: helpline@eda.admin.ch
 Skype: helpline-eda

Reisehinweise

www.eda.admin.ch/reisehinweise
 ☎ Schweiz +41 800 24 7 365
 ☎ Ausland +41 58 465 33 33
www.twitter.com/travel_edadfae

itineris

Online-Registrierung für Schweizerinnen und Schweizer auf Auslandsreisen
www.eda.admin.ch/itineris



Plane gut.
Reise gut.

Die kostenlose App für iOS und Android

Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt. Am 20. Oktober 2019 finden Nationalratswahlen statt.

Informationen zu den Nationalratswahlen finden Sie auf www.ch.ch/wahlen2019. Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.

Der Bundesrat hat beschlossen, auf die Durchführung einer eidgenössischen Volksabstimmung am 24. November 2019 zu verzichten. Nächster Abstimmungstermin ist der 9. Februar 2020.

Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- «Ja zu mehr Mitbestimmung der Bevölkerung bei der Kranken- und Unfallversicherung» (2.1. 2021)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen



Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Simone Flubacher, Auslandschweizerbeziehungen
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
Telefon: +41 800 24 7 365 oder +41 58 465 33 33
www.eda.admin.ch, mail: helpline@eda.admin.ch

AUSLANDSCHWEIZER-COMMUNITY



Stich für Stich in ein neues Leben

Der Luzerner Matthias Oppliger (45) schenkt Opfern von Menschenhandel neue Perspektiven und stellt sie in seiner Näherei in Tel Aviv ein. Ein Projekt, das sich bis hin zur israelischen Regierung durchgesprochen hat.

Seine Idee: Familienferien in Tel Aviv entpuppten sich als Startschuss für ein neues Leben. Der Schweizer Familie kam die Idee, Arbeitsplätze für ehemalige Sexarbeiterinnen und andere Opfern von Menschenhandel zu schaffen. Sie fand damit in Israel schnell Gehör.

Sein Projekt: In der Firma «kitepride» werden heute Taschen und Rucksäcke aus ausgedienten Kitesurfing-Segeln, Fallschirmen, Yacht-Segeln oder Neopren-Anzügen genäht. Das Unternehmen will ehemaligen Opfer von Menschenhandel eine neue Perspektive schenken. Ehrliche Arbeit für ehrliches Geld. Und ein sicheres Umfeld ohne Ausbeutung.

Sein Standort: Geschäftsleiter und Gründer Matthias Oppliger hat dafür einen strategischen Ort ausgesucht. Es befindet sich im Süden Tel Avivs. Eine Nachbarschaft, deren Bild von Flüchtlingen und häufig von Opfern des Menschenhandels geprägt ist. Viele Frauen aus der ehemaligen Sowjetunion tummeln sich hier. Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden.

Sein Erfolg: Oppliger beschäftigt 15 Mitarbeitende und acht freiwillige Helfer aus aller Welt. Nicht alle von ihnen haben eine dramatische Vergangenheit. Auch Freiwillige, unter anderem aus der Schweiz, packen regelmässig mit an. Junge Menschen, die während ihren Ferien Gutes tun wollen und ihre Zeit in Israel sinnvoll nutzen möchten. «Wer gibt, der bekommt auch», sagt Oppliger. Und das sei ein Lohn, für den es sich zu arbeiten lohne.

Der ausführliche Artikel ist auf swissinfo.ch, dem zehnsprachigen Online-Service der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR), erschienen. Leben Sie auch im Ausland? Markieren Sie auf Instagram Ihre Bilder mit [#WeAreSwissAbroad](https://www.instagram.com/WeAreSwissAbroad).

Kuss



SIMONE MEIER:
«Kuss» Kein & Aber Verlag,
Zürich 2019
256 Seiten; CHF 28.00,
€ ca. 22.00

«Yann und Gerda liebten Sendungen mit Auswanderern oder Hausfrauen. Sie liebten es, Menschen dabei zuzuschauen, wie sie ohne Geld ... alles aufgaben, nur weil sie zu sehr träumten.» Das schreibt Simone Meier über die zwei Hauptfiguren ihres neuen Romans. Auch Yann und Gerda hängen gerne ihren Träumen nach. Das Paar ist in den Mitdreissigern und soeben in ein ehemaliges Arbeiterhäuschen am Stadtrand gezogen. Gerda hat ihren Job als Grafikerin verloren und investiert nun ihre kreative Energie, um das heruntergekommene Haus in ein wohnliches Nest zu verwandeln. Yann arbeitet bei einem Think-Tank-Institut und sieht sich – nicht nur

ungern – in die traditionelle Rolle des Familienernährers gedrängt. Immer mehr beginnt Gerda, sich in ihren Fantasien zu verlieren. Ihre imaginäre Liebesgeschichte mit Alex reisst sie nach einem mehr angedeuteten als realen Kuss in einen Strudel aus Hirngespinnsten bis hin zum Wahn.

Parallel dazu wird die Geschichte von Valerie erzählt. Die fünfzigjährige Journalistin lebt vorübergehend im geerbten Nachbarshaus. Die zwei Geschichten verweben sich ineinander und es bahnt sich ein bitterböses Ende an.

Der Roman spielt in einer Schweizer Stadt, könnte aber überall in unserer urbanen Welt angesiedelt sein. Er zeichnet das Bild der Generation der Dreissig- bis Vierzigjährigen, die oft noch in einer Wohngemeinschaft leben, ohne festes Ziel und doch mit dem Wunsch nach Familie und Nestbau. Es ist eine Generation im Konflikt zwischen Emanzipation und konservativen Werten. Vintage ist angesagt, Wohnen im ehemaligen Arbeiterhaus gilt als trendy und ein gut bezahlter Job ist ein Must. Es ist kein gesellschaftskritischer Roman, den Simone Meier hier vorlegt. Doch beobachtet die Autorin klug ihr urbanes Umfeld und verarbeitet ihre Befunde geschickt in ihren Geschichten, indem sie die Figuren stark überzeichnet. Sympathisch erscheint die Figur der abgeklärten Valerie, die sich ganz real auf eine neue Liebesbeziehung einlässt. Das Buch liest sich leicht, seine Wirkung ist aber auch verstörend. Der schmale Grat zwischen Imagination und Wirklichkeit fordert den Leser. Auch wenn die Fassade bröckelt, wird lieber Fernsehen geschaut und fantasiert.

Simone Meier, geboren 1970, wuchs im Kanton Aargau auf. Nach dem Studium der Germanistik, Amerikanistik und Kunstgeschichte arbeitete sie als Kulturredakteurin bei der «WochenZeitung WoZ» und beim «Tages-Anzeiger». Heute schreibt sie für das Newsportal Watson und lebt in Zürich. «Kuss» ist ihr dritter Roman.

RUTH VON GUNTEN

Rapper Makala: Meister der Doppeldeutigkeit



MAKALA:
«Radio Suicide»
2019, Colors Records

Der Genfer Rapper Makala scheut sich nicht, die Dinge beim Namen zu nennen. Im Gegenteil: Wörter sind seine Spezialität. Der beste Beweis ist «Radio Suicide», sein im Juni erschienen Album. Der junge Mann kongolischer Herkunft macht sich darüber lustig, dass sein Rap im Radio gespielt wird. Seine 21 Titel hat er mit grösstmöglicher akustischer und dichterischer Freiheit komponiert. Beim ersten Hören ist seine Musik nicht einfach zu verdauen: Auf den Hörer stürzt eine Flut von musikalischen Ideen ein, die gemeinsam mit dem Produzenten Varnish La Piscine entstanden sind. Der Rap von Makala orientiert sich an geschmeidigen Funk- oder sogar Reggae-

Rhythmen, doch die Soundtracks wirken zermalmt, durchgeknetet, unterbrochen durch Flashes, die verhindern, dass man als Fahrer am Steuer einschläft. Die Worte bringen bittersüsse Gefühle zum Ausdruck. Bei jedem neuen Hören tritt ein neues Element zu Tage. Makala ist Mitglied und Gründer des Schweizer Kollektivs SuperWak Clique (siehe «Schweizer Revue» vom Januar 2018). Er thematisiert seinen Erfolg und die Auswirkungen auf seine sozialen Beziehungen, soziale Netzwerke und die damit verbundene Eitelkeit. In einer Welt der Grosstuer entblösst er seine Schwächen: «La première fois que j'ai fait l'amour, j'ai fait croire que je l'avais déjà fait» (als ich zum ersten Mal mit jemandem geschlafen habe, habe ich so getan, als wäre ich erfahren), skandiert er in Goatier. Zum Thema Geld und Erfolg? «J'ai la main dans le froc (pantalon). Bientôt j'ai les mains dans le fric» (ich habe die Hand in der Hose, bald habe ich die Hände im Geld), rappt der Genfer auf ICIELAO. Makala ist ein glänzender Wortschmied. Er spielt mit lexikalischen Zusammenstössen und Doppeldeutigkeiten. Makalas Stimme erinnert an den Flow des US-Rappers Snoop Dogg. Sie ist sanft, schmeichelnd, fast geflüstert. Seine Botschaften sind verständlich, doch wegen der Anhäufung von Argot und Verlan, einer Sprache mit umgekehrten Silben, nicht immer leicht zugänglich. Bei der französischen Fachkritik ist sein Album gut angekommen. «Ich könnte sagen, dass es im französischen Rap das beste Album des Jahrzehnts ist. Doch es handelt sich nicht ausschliesslich um Rap oder, eher gesagt, es ist mehr als nur ein Rap-Album», schreibt Etienne Menu im Rap-Blog Musique journal. Das ist der Beweis, dass die Genfer Rapper und ihr unabhängiges Label Colors Records es wirklich geschafft haben, aus ihrer kleinen Republik auszubrechen.

STEPHANE HERZOG

Annik Grob



Ans Auswandern denkt Annik Grob derzeit nicht. Die Zwölfjährige lebt mit ihrer Familie in Therwil im Kanton Basel-Landschaft und ist dort verwurzelt. Doch für einen Wettbewerb des Deutschen Auswandererhauses Bremerhaven versetzte sich Annik in die Haut eines jungen Mädchens, das seine Heimat verlässt. «Wenn ihr auswandern würdet, welche zehn Dinge würdet ihr einpacken?» lautete die Frage, die das Museum Kindern und Jugendlichen stellte und sie einlud, ihren ganz persönlichen Auswandererkoffer zu gestalten. Die elf kreativsten Werke fanden den Weg in eine Sonderausstellung – darunter auch Anniks Koffer.

Die Schülerin überzeugte die Jury mit der Idee, neben neun anderen Dingen ein umfangreiches Buch einzupacken: «Irgendein Buch über Pferde, das 20 000 Seiten hat, weil ich dann sehr, sehr lange darin lesen könnte.» Nämlich so lange, «bis ich die Sprache meiner neuen Heimat gelernt hätte und dort neue Bücher kaufen könnte». Und falls dies mit der fremden Sprache noch nicht klappen sollte, könnte sie sonst wieder von vorne beginnen, «weil ich bestimmt den Anfang des Buches schon wieder vergessen habe, wenn ich die 20 000 Seiten gelesen habe».

In Anniks Auswandererkoffer finden sich zudem ein Radiogerät, eine CD der Rapperin Namika, ein Fotoapparat, Kleidung, Geld, ein Etui mit 40 Farbstiften, die Identitätskarte, Schmuck und ihr Schulpferd «Resuelto». Zumindest bis Bremerhaven ist Anniks Koffer bereits gereist. Von der Hafenstadt an der Nordsee brachen im 19. Jahrhundert mehr als sieben Millionen Auswanderer in die Neue Welt auf. Die Schülerin kann sich durchaus vorstellen, eines Tages in ein anderes Land zu ziehen. «Immer am gleichen Ort zu sein, ist langweilig.»

THEODORA PETER

Die Berufslehre verliert an Boden

Die praxisnahe Berufslehre ist eine Schweizer Erfolgsgeschichte. Doch sie verliert derzeit bei Jungen an Beliebtheit: Immer mehr wollen nach der obligatorischen Schulzeit ans Gymnasium. Ausgeprägt ist dieser Wunsch bei Mädchen: Jedes zweite will ans Gymnasium. Als Folge blieben 2019 in der Schweiz bei Beginn des neuen Lehrjahres 15 000 Lehrstellen unbesetzt. Das ist für viele Firmen ein Problem. (MUL)

Lukas Bärfuss erhält Georg-Büchner-Preis

Erstmals seit 25 Jahren wird wieder ein Schweizer mit dem wichtigsten deutschen Literaturpreis ausgezeichnet: Der mit 50 000 Euro dotierte Georg-Büchner-Preis geht heuer an den Schweizer Schriftsteller und Dramatiker Lukas Bärfuss (1971). Er wird ihm am 2. November in Darmstadt verliehen. Die Jury würdigt Bärfuss als «herausragenden Erzähler und Dramatiker der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur». Bärfuss begleite die heutige Welt mit furchtlos prüfendem, verwundertem und anerkennendem Blick. (MUL)

Frauenstreik mit historischer Dimension

Der Frauenstreik vom 14. Juni 2019 (siehe «Revue» 3/2019) geht als grösste politische Demonstration in die moderne Geschichte der Schweiz ein. Über den gesamten Tag beteiligten sich mehrere Hunderttausend Frauen an den Aktionen und Arbeitsniederlegungen. Der Streik erreichte in allen grossen Städten historische Dimensionen. Seine Hauptforderung war die Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben und in der Gesellschaft, konkret zum Beispiel «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit». (MUL)

Das Matterhorn bröckelt

Das alpine Wahrzeichen der Schweiz, das Matterhorn, steht in den Schlagzeilen: Bergführer fordern nach tödlichen Unfällen dessen Sperrung. Die Standortgemeinde Zermatt stellt sich gegen diese Forderung. Ursache der Unfälle sind steigende Temperaturen: Weil der Permafrost auftaut, stürzten am Matterhorn Teile der gesicherten Route in die Tiefe – samt Alpinisten. Schmelzender Permafrost ist in der Schweiz in alpinen Lagen eine generelle Herausforderung. (MUL)

Waffenexporte in der Kritik

Die Schweizer Stimmberechtigten werden über Kriegsmaterialexporte abstimmen können: Die nötigen Unterschriften für die sogenannte «Korrektur-Initiative» sind in Rekordzeit zusammengekommen. Mitte Juni wurde die Initiative eingereicht. Sie ist eine Reaktion auf den Plan des Bundesrats, Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zuzulassen (siehe Editorial in «Revue» 3/2019). (MUL)



Schweiz.

WECKE
DEINE SINNE,
SOLANGE
HERBST IST.

[MySwitzerland.com/
herbst](https://www.myswitzerland.com/herbst)

Spiez, Kanton Bern, © Andreas Gerth

Lass dich inspirieren unter [MySwitzerland.com/herbst](https://www.myswitzerland.com/herbst) und teile
deine schönsten Erlebnisse mit **#VERLIEBTINDIESCHWEIZ**



Swiss Travel System.

